

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschie Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschie.

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 1.

Gottschie, am 1. August 1919.

Jahrgang I.

An die geehrten Abnehmer!

Der „Gottscheer Bote“ wurde am 6. Juni l. J. be-
hördlich eingestellt. Das Bedürfnis nach einem heimischen Blatte
machte sich nun in den Kreisen der früheren Abnehmer des „Boten“
und in der Bevölkerung von Stadt und Land Gottschie von Tag
zu Tag immer mehr und immer dringender geltend und wir wurden
von verschiedenen Seiten aufgefordert, ein neues heimatliches Blatt
herauszugeben. Wir haben diesem Wunsche unserer Landsleute
gerne Rechnung getragen und vom August 1919 erscheint nun-
mehr die „Gottscheer Zeitung“ dreimal im Monate, nämlich
am 1., 10. und 20. jeden Monats. Die leitenden Richtlinien
der „Gottscheer Zeitung“ sind: Treue dem Staate, dem wir
angehören, und im Rahmen des Staatsgedankens
Eintreten für die geistigen und materiellen Interessen
unserer engeren Heimat Gottschie. Unser Glaube, unser
Volkstum, unsere heimische Sprache und Sitte, unsere kulturellen
und wirtschaftlichen Interessen sollen an unserem Blatte stets einen
warmen Anwalt finden. Im übrigen wird die „Gottscheer Zeitung“
eine treue Berichterstatterin sein über alle Vorkommnisse in der Heimat.

Die für den „Gottscheer Bote“ eingezahlten Bezugsgelder
werden, soweit sie reichen, für die „Gottscheer Zeitung“ gut gebucht.
Für den Ausfall mehrerer Nummern des „Gottscheer Bote“ werden
die geehrten Abnehmer teils durch das Erscheinen von doppelt-
starken Nummern entschädigt, wie z. B. die heutige eine solche ist
und die Nummer des „Boten“ vom 1. Juni war, teils dadurch,
daß von einer Erhöhung des Bezugspreises dermalen Umgang ge-
nommen wird. Andere Blätter sahen sich nämlich infolge der
neuerlichen außerordentlichen Steigerung der Papierpreise gezwungen,
die Bezugsgelder vom 1. Juli an neuerdings entsprechend zu er-
höhen, während wir diesmal davon absehen, um so den geehrten
Abnehmern des Blattes einen Ersatz für den Ausfall im Juni und
Juli zu bieten.

Wir bitten unsere geehrten Abnehmer, dem neuen heimatlichen
Blatte freundlichst ihre Unterstützung zuwenden zu wollen, und zwar
nicht nur durch zahlreichen Bezug und Anempfehlung des Blattes,
sondern auch durch fleißige Berichterstattung. Unsererseits werden
wir es nicht fehlen lassen, das Blatt so zu gestalten, daß unsere
Landsleute und die Freunde unserer Heimat zufrieden sein werden.

Die Verwaltung und Schriftleitung
der „Gottscheer Zeitung“.

Die Förderung von Industrie und Gewerbe durch die Gemeinden.

Ein altes Sprichwort sagt: Primum vivere, dein philoso-
phari. Zuerst muß man leben können, dann erst kann man philo-
sophieren. Auf das politische und staatliche Gebiet übertragen besagt
dieser Spruch: Schaffet vor allem wirtschaftliche Werte, denn diese
geben die Grundlage für eine richtige Politik. Nicht bloß klagen
und jammern über die schlechten Zeiten, die einem das Leben so
erschweren, soll man, sondern die Hand ans Werk legen, arbeiten,
arbeiten und wieder arbeiten, mehr arbeiten als je zuvor! Die
gegenwärtigen zumeist papierernen Werte müssen mit eisernem Fleiß
und hingebungsvollem Eifer durch wirkliche, reelle ersetzt werden.
Das allein ist der richtige Weg, der zur wirtschaftlichen Gesun-
dung führt.

Es ist daher zu begrüßen, daß die Regierung in richtiger
Erkenntnis der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage an die Stadt-
gemeinden eine Zuschrift gerichtet hat, in welcher sie aufgefordert
werden, sich über die Möglichkeiten der Hebung und Verbesserung
von Industrie, Gewerbe und Handel in ihrem Bereiche zu äußern.
Auch an die Stadtgemeinde Gottschie ist eine solche Zuschrift ge-
langt. Da es im öffentlichen Interesse liegt, daß die von der
Stadtgemeinde diesbezüglich erstattete Äußerung allgemein bekannt
werde, bringen wir sie im folgenden zum Abdruck.

1. Der erste Punkt des Regierungserlasses berührt die Frage,
welche industriellen Projekte schon bestehen, die in der dortigen
Gegend ausgeführt werden könnten, und welche Hindernisse der
Ausführung dieser Projekte und der wirtschaftlichen Entwicklung
der Gemeinde überhaupt entgegenstehen.

Die Äußerung der Gemeinde Gottschie über diesen Punkt
lautet:

Schon vor ein paar Jahren ist seitens der Trifailer Kohlen-
werksgesellschaft in Wien die Errichtung einer Elektrizitäts-
Kraftzentrale (Überlandzentrale mit Fernleitungen) ins Auge
gefaßt worden, um so den teuren Eisenbahntransport der gering-
wertigen Gottscheer Braunkohle zu ersparen und statt Kohle elek-
trische Kraft zu exportieren. Diese Kraftanlage käme auch den
Bewohnern unseres Tales in den Dörfern sehr zu statten, indem
ihre Häuser und Stallungen mit elektrischem Lichte versorgt werden
könnten, was bei dem gegenwärtigen großen Mangel an Petroleum
von der gesamten Bevölkerung freudig begrüßt würde. Es ist
jedoch der Gemeinde nicht bekannt, ob die Trifailer Kohlenwerks-
gesellschaft gegenwärtig noch auf diesem Projekte beharrt. Seitens
der Gemeinde würde diesem Projekt jede mögliche Förderung zu-
gewendet werden.

Was die Hindernisse anbelangt, die der wirtschaftlichen Ent-
wicklung im allgemeinen früher entgegenstanden, wäre insbesondere
auf die frühere bürokratische Schwerfälligkeit der Ämter hinzu-

weisen. Es fehlte der initiative Geist von oben, weshalb auch eine Initiative von unten, aus den breiten Schichten des Volkes selbst, sich nur schwer herausringen konnte.

2. Der zweite Fragepunkt betrifft die Industrien, die in der Stadt, insbesondere mit Rücksicht auf eine etwa vorhandene billige Motorkraft, auf Ausnützung der Wasserkraft, billige Kohle, Erwerbung von Rohstoffen, ausgebildete billige Arbeitskräfte, ferner mit Rücksicht auf die vorhandenen Kommunikationen, billiges Kapital, großen Bedarf usw. errichtet werden könnten.

Dieser Fragepunkt wurde folgendermaßen beantwortet: In unserer Gegend kämen in Betracht die Parkettenerzeugung (Buchenbrettelparketten) und die Erzeugung von Zündern (Zündhölzchenfabrik).

Bei dem großen Reichtum an Holz wäre es wünschenswert, daß an den Dampfsägen des Bezirkes nicht nur wie bisher bloß rohe Bretterware erzeugt würde, sondern daß auch die Erzeugung höherwertiger Halbfabrikate (Fensterrahmen, Türen, gehobelte Ware) ins Auge gefaßt würde, wodurch bedeutend höhere Einnahmen erzielt werden könnten.

Nachdem von hier jedes Jahr im Herbst viele Schweine ausgeführt werden, wäre es am Platze, daß am Orte die Wurst- und Selchwarenerzeugung ins Auge gefaßt würde. Auch die Erzeugung von Fruchtsäften (aus Himbeeren usw.) wäre erfolgversprechend, da diese Beerenforten in den hiesigen Wäldern in großen Mengen vorkommen.

3. Drittens wird angefragt, welche Vorrechte, Erleichterungen und Beiträge die Gemeinde gewähren würde, wenn in ihrem Bereiche ein gewisser gewerblicher Industriezweig errichtet würde. Ferner, ob die Errichtung von wirtschaftlichen Schulen und welchen gewünscht wird. Dieser Wunsch ist zu begründen und sind Vorschläge zu machen und anzugeben, was die Gemeinde ihrerseits zur Förderung vorzuziehen gedenkt.

Die Antwort lautet: Die Gemeinde wäre bereit, neuen Industrieunternehmungen nicht nur im Rahmen ihres gesetzlichen Wirkungsbereiches möglichst entgegenzukommen, sondern gegebenenfalls auch für die Anlage solcher industrieller Unternehmungen Grundstücke um mäßigen Preis zu überlassen.

Was die Errichtung wirtschaftlicher Schulen anbetrifft, braucht das hiesige Gewerbe vor allem dringend die Wiedereröffnung der gewerblichen Fortbildungsschule, die während des Krieges eingegangen ist und nunmehr infolge der Auflassung der hiesigen Fachschule, der sie bisher organisch angegliedert war, auch obdachlos geworden ist.

Vor wenigen Jahren war auch die Errichtung einer Fachschule für Maurer und Zimmerleute in Gottschee geplant gewesen und waren diesbezüglich zwischen der damaligen Landesregierung, der Fachschuldirektion und der hiesigen Genossenschaft für handwerksmäßige und verwandte Gewerbe bereits Verhandlungen gepflogen worden, die zu einem gewissen Abschluß gediehen, so daß die Sache aus dem Stadium der Erwägungen bereits heraustrat und in das der Vorarbeiten hinübergeleitet zu werden schien. Das Dazwischentreten des Krieges hat sodann die Angelegenheit aus dem Gesichtskreis gerückt. Die Errichtung einer Fachschule für Maurer und Zimmerleute würde in Krain einem lebhaften, allgemein gefühlten Bedürfnisse entsprechen, da es bisher an einer solchen Anstalt noch gänzlich fehlt. Durch die schulmäßige Heranbildung von Maurerpolieren und Zimmerleuten würde das Baugewerbe insbesondere auf dem flachen Lande gehoben und die Entstehung angemessenerer und zweckentsprechenderer Wohnhäuser und Stallungen überall kräftig gefördert werden. Es sei bemerkt, daß vor ein paar Jahren in Gottschee bereits einmal an der Fachschule ein Maurerkurs für Stallobauern mit gutem Erfolg veranstaltet worden war.

Im Interesse der Hebung der Landwirtschaft und der Viehzucht läge auch die regelmäßige Veranstaltung von alljährlichen mehrwöchigen landwirtschaftlichen Kursen, die einem dringenden Bedürfnisse entsprächen. Auch beim Unterrichte an den Volksschulen des flachen Landes sollte auf die praktischen Bedürfnisse

der Landwirtschaft alle mögliche Rücksicht genommen werden. Für die hauswirtschaftliche und landwirtschaftliche Heranbildung der Landmädchen wäre die Abhaltung von hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Kursen für Landmädchen sehr zu empfehlen. Die Gemeinde würde solche Kurse nach Kräften zu fördern trachten.

Nachdem die Oberklassen des Staatsgymnasiums in Gottschee mit Schluß des I. Semesters 1918/19 aufgelassen worden sind und auch der Weiterbestand eines deutschen Untergymnasiums nicht in Aussicht steht, wäre gegebenenfalls die Errichtung einer Knabenbürgerschule in Gottschee anzustreben, an welche eine Handelsschule angegliedert werden könnte. Der bis zur Auflassung der hiesigen Fachschule an derselben bestandene Handelskurs erfreute sich eines guten Zuspruches und hatte sich bereits eingelebt.

4. Die vierte Frage betrifft die Herstellung von Eisenbahnverbindungen, Straßenbauten und dergl. Sie wurde beantwortet, wie folgt:

Was die Herstellung neuer Bahnverbindungen anbelangt, käme hier vor allem die Verbindung Gottschees mit einem Punkte der Fiumaner Bahn in Betracht. Die Gemeinde tritt in dieser Frage für jenes Projekt ein, das Gottschee in kürzester technisch möglicher Linie mit Fiume verbände.

Bezüglich der Straßenbauten wäre vor allem die Vollendung der zum größeren Teile bereits neu hergestellten Straße Rieg-Morobiz zu bewerkstelligen. Für die Umlegung der Straßenstrecke Graflinden-Unterlag und der Straßensteilen der Strecke Gottschee-Messeltal waren bereits alle Vorarbeiten geschehen. Es sollten nunmehr diese Arbeiten ebenso in Angriff genommen werden wie die Arbeiten für die Herstellung einer Straße, abzweigend von einem Punkte der Landesstraße Gottschee-Alttag nach Tiefenreuter, für welche letzteres Projekt ebenfalls bereits vor dem Kriege alle vorbereitenden Schritte getan worden waren, um den Bau in Angriff zu nehmen.

Eine Automobillinie Gottschee-Tschernembl war schon vor Ausbruch des Krieges von einer Cillier Unternehmung geplant gewesen, kam aber infolge des Krieges nicht zur Ausführung. Es waren bereits kommissionelle Begehungen erfolgt. — Falls der Bau einer Eisenbahn von Gottschee nach Kroatien nicht in Bälde zustanden kommen sollte, wäre einstweilen die Herstellung einer Automobillinie Gottschee-Delnice in Betracht zu ziehen. Auch eine Automobillinie Gottschee-Alttag-Bad Töpliz könnte in Erwägung gezogen werden.

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Gottschee. (Besuch des Prinzregenten Alexander.) In den Laibacher Blättern wird berichtet, daß Prinzregent Alexander Anfang September l. J. Laibach besuchen und dort einige Tage verbleiben wird. Von Laibach aus sollen dann Cilli und Marburg besucht werden.

— (Vom politischen Dienste.) Der Leiter der Bezirkshauptmannschaft Gottschee, Herr Bezirkskommissär Dr. Franz Dgrin, wurde zum Landesregierungssekretär ernannt.

— (Ernennung.) Der Oberbezirkskommissär in Stein, Herr Dr. Johann Lininger, wurde zum Bezirkshauptmann ernannt.

— (Ernennung.) Zum Leiter der Bezirkshauptmannschaft Tschernembl wurde der Landesregierungssekretär Herr Sima-Gall ernannt, der bisher in Marburg bedienstet war.

— (Vom Finanzdienste.) Herr Finanzsekretär Johann Diz wurde zum Finanzrat in der VII. Rangklasse ernannt.

— (Vom Steuerdienste.) Herr Steuerverwalter Franz Starin in Gottschee wurde zum Ober-Steuerverwalter in der achten Rangklasse ernannt.

— (Vermählung.) Herr Hauptmann Richard Verberber wurde am 19. Juni mit Fräulein Paula Weil in Erlach bei Wiener-Neustadt getraut. Unseren herzlichsten Glückwunsch!

— (Vom Gerichtsdienste.) Die Oberoffizianten des hiesigen Bezirksgerichtes Herren Franz Rom und Andreas Hutter wurden zu Kanzlisten mit den Bezügen der X. Rangklasse ernannt.

— (Notariat.) Herr Dr. Wilko Maurer, bisher Notar in Loitsch, wurde zum Notar in Gottschee ernannt.

— (Übersiedlung.) Am 9. Juni hat Herr Dr. A. Rodre, Landesregierungs-konzipist in Gottschee, unsere Stadt verlassen, um nach seinem neuen Bestimmungsorte Laibach abzugehen. Herr Dr. Rodre wurde hier wegen seines freundlichen Entgegenkommens und seines strengen Gerechtigkeitsfinnes jedermann gegenüber, ohne Rücksicht auf Nationalität oder Parteizugehörigkeit, allgemein hochgeschätzt. Sein Abgang von Gottschee wird lebhaft bedauert.

— (Besuch des Regenten Alexander in Laibach.) Die Landesregierung für Slowenien hat einen Kredit für die Vorbereitungen zum feierlichen Empfang des Regenten Alexander in Laibach bewilligt. Dessen Besuch wird sofort nach dem Friedensschlusse erwartet.

— (Für die Abnehmer unseres Blattes,) welche dasselbe halbjährig beziehen, wird in der nächsten Nummer der „Gottscheer Zeitung“ ein Erlagschein behufs Einzahlung der halbjährigen, bezw. rückständigen Bezugsgebühr beigelegt werden.

— (Staatsgymnasium.) Das Gymnasium in Gottschee bleibt, wie wir soeben (1. August) vernehmen, bestehen und wird mit dem Schuljahre 1919/20 in ein Realgymnasium mit slowenischer Unterrichtssprache umgewandelt werden. Im Schuljahre 1919/20 wird die 1. Klasse die slowenische Unterrichtssprache haben, die 2—4 die deutsche. Näheres bezüglich der Einschreibung wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

— (Todesfall.) Am 4. Juni starb nach langem, schmerzvollem Leiden unerwartet rasch Herr Franz Rötzel, Inhaber der Firma Paul Ruppe in Vinz, im 51. Lebensjahre. Der Verbliebene litt schon längere Zeit an einem Magenleiden, das sich in den letzten Tagen verschlimmerte, so daß unverzüglich zu einer Operation geschritten werden mußte. Infolge der Operation trat jedoch die Katastrophe ein. Der Verstorbene war als Großkaufmann wegen seiner Reellität und Tüchtigkeit in weiten Kreisen bekannt und erfreute sich der allgemeinen Wertschätzung. Er ruhe in Frieden.

— (Todesfall.) Am 20. Juli starb hier nach langem, schwerem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, Herr Hubert Rötzel, Sohn des Herrn Kaufmannes Josef Rötzel, in seinem 16. Lebensjahre. Ein junges, hoffnungsvolles Leben fand einen vorzeitigen Abschluß. Er ruhe in Frieden.

— (Das Staatsgymnasium in Gottschee) wird in seiner Organisation, wie sie dormalen besteht, nämlich als deutsches Untergymnasium im nächsten Schuljahre nicht mehr weitergeführt werden. Es wird in ein Realgymnasium mit slowenischer Unterrichtssprache verwandelt werden. Die neu zu eröffnende erste Klasse wird die slowenische Unterrichtssprache haben und ebenso die sodann Jahr für Jahr folgenden Klassen, so daß die Anstalt nach Ablauf mehrerer Jahre eine ausschließlich slowenische sein wird.

— (Marienheim.) Dem Vernehmen nach wird im hiesigen Marienheim (Waisenhaus) im nächsten Schuljahre eine slowenische Mädchenbürgerschule und eine haus- und landwirtschaftliche Schule für Mädchen mit slowenischer Unterrichtssprache errichtet werden. Die deutschen Klassen und Abteilungen an dieser Lehranstalt werden aufgelassen werden.

— (Rechnungsabluß des Spar- und Darlehens-kassenvereines in Gottschee.) In der am 9. Juni abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung des Spar- und Darlehens-kassenvereines in Gottschee wurde der Rechnungsabluß für das Geschäftsjahr 1918 genehmigt. Der Geldumsatz belief sich auf K 203.082.53. Die Bilanz weist folgende Ziffern auf: Aktiva: Darlehen 29.480 K; laufende Rechnung mit den Zentralen 715 K; Ausstände an Darlehenszinsen K 117.90; Geschäftsanteile bei den beiden Genossenschaftsverbänden 2000 K; Wertpapiere K 46.949.30; nicht behobener Kupon 275 K; Einlagen samt kap. Zinsen bei der städ-

tischen Sparkasse K 94.357.65; Kassastand am 31. Dezember 1918 K 44.33; Summe K 173.930.18. Passiva: Geschäftsanteile 224 K; Spareinlagen mit kap. Zinsen K 167.411.12; vorausbezahlte Darlehenszinsen K 146.79; provisorisches Anlehen 368 K; Reservefonds K 5017.68; Reingewinn K 771.59; Summe K 173.939.18.

— (Die hiesige Filiale der Landwirtschaftsgesellschaft) wird umorganisiert werden. Es sollen unter einem gemeinsamen Gesamtausschusse für die beiden Nationalitäten zwei Sektionen geschaffen werden. Der anzustellende Sekretär hätte die Agenden beider Sektionen zu versehen.

— (Großer Sokolausflug nach Gottschee.) Die „Sokolska župa Ljubljana I“ veranstaltet am 17. August einen Ausflug nach Gottschee. An dem Sokolfeste werden gegen 2000 Personen teilnehmen.

— (Eine landwirtschaftliche Schule für Landmädchen in Gottschee.) Es bestätigt sich, daß im „Marienheim“ in Gottschee eine einklassige landwirtschaftliche Schule für Bauernmädchen mit slowenischer Unterrichtssprache im Schuljahre 1919/20 eröffnet werden wird.

— (Handelschule in Rudolfswert.) Für das Schuljahr 1919/20 wird in Rudolfswert die Errichtung einer zweiklassigen Handelschule angestrebt.

— (Neue Zuckerfabriken.) Nach Zeitungsnachrichten beabsichtigt das Ministerium für Landwirtschaft in Jugoslawien mehrere neue Zuckerfabriken zu errichten.

— (Briefe nach Amerika.) Die Beförderung von Briefen nach Amerika vermittelt „Slovenski Rdeči Križ“ in Laibach. Die Adresse muß deutlich mit Tinte geschrieben werden. Der Brief ist in ein Kuvert zu geben und es sind 70 Heller in Marken beizuschließen. Solche Briefe sind an das „Slovenski Rdeči Križ“ in Laibach, Poljanska cesta 4, II. nadstr., vrata 39, aufzugeben.

— (Jahresbericht des Staatsgymnasiums.) Nach dem im Juli in slowenischer Sprache herausgegebenen Jahresberichte des hiesigen Staatsgymnasiums (im I. Semester Obergymnasium, im II. Semester Untergymnasium) zählte die Anstalt am Ende des Schuljahres $60 + 4 = 64$ Schüler; von diesen waren $50 + 4 = 54$ Deutsche, 9 Slowenen, 1 Tscheche. Nach der Klassifikation waren $8 + 3 = 11$ vorzüglich geeignet zum Aufsteigen in die höhere Klasse, $33 + 1 = 34$ geeignet, 12 im allgemeinen geeignet, 7 nicht geeignet. Der „Unterstützungsverein für mittellose Schüler am Staatsgymnasium in Gottschee“ versorgte während des Schuljahres 11 Schüler mit der Mittagkost, teils unentgeltlich, teils gegen eine geringe Entschädigung. Außerdem unterstützte er mit Geld jene Schüler, die nach Auflassung der Oberklassen ihre Studien in Laibach, Klagenfurt oder Wels fortsetzten. Vor Schluß des Schuljahres hat sich der Verein freiwillig aufgelöst. Der Verein „Christliche Studentenlade“, errichtet im Jahre 1911, insbesondere zur Unterstützung der Studenten-Kongreganisten, deren Anzahl im zweiten Semester sich auf 30 belief, spendete täglich 18 Schülern das Mittagessen und 11 die volle Verköstigung im „Marienheim“. Die Bereitung besorgten in entgegenkommender Weise die ehrw. Barmherzigen Schwestern gegen eine geringe Entschädigung. Hiefür wurden K 2767.50 aufgewendet. Für ehemalige Schüler (Kongreganisten) der Oberklassen, die in Laibach ihre Studien fortsetzten, gab er im gesamten K 1610 als Unterstützung. Die Gesamtsumme für Schülerunterstützungen durch die „Christliche Studentenlade“ betrug K 4404.26. Die Kongreganisten-Studenten erhielten vom Vereine auch fast sämtliche notwendigen Schulbücher. Im ersten Semester wirkten an der Anstalt (8 Gymnasialklassen und die Vorbereitungsklasse) 16 Lehrkräfte, im zweiten Semester sieben Lehrkräfte. Die Rundmachung bezüglich des Schuljahres 1919/20 und der Zukunft des hiesigen Gymnasiums wird rechtzeitig erfolgen.

— (Auflassung und Sistierung von Vereinen.) Die hiesigen Ortsgruppen des Deutschen Schulvereines, der Südmärk und der Ostmärk sowie mehrerer anderer Vereine, deren Hauptsitz sich im Ausland befindet, sind behördlich aufgelöst worden

Die Tätigkeit des hiesigen Turnvereines, Gesangvereines, Lesevereines usw. wurde behördlich eingestellt. Auch die Tätigkeit des hiesigen Kindergartenvereines, Studentenheimvereines, Handwerkervereines und Lesevereines war eine Zeitlang behördlich eingestellt worden, wurde jedoch mittlerweile wieder freigegeben.

— (Kohlenwerk.) Wie wir vernehmen, wird die Werksanlage in Gottschie neuerdings vergrößert und werden heuer mehrere neue Wohnhäuser zur Unterbringung von etwa 100 Arbeitern errichtet werden.

— (Raiffeisenkasse.) Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die fälligen halbjährigen Darlehenszinsen einzuzahlen sind.

— (Die Sparkasse der Stadt Gottschie) hat auf die Staatsbonsanleihe 50.000 Kronen gezeichnet.

— (Lehrwerkstätte in Soderschitz.) In Soderschitz wird dem Vernehmen nach eine Lehrwerkstätte für Holzbearbeitung errichtet werden. Die Fachschule für Holzbearbeitung in Gottschie wird, wie verlautet, endgültig, aufgelassen. In Reifnitz soll eine Knabenbürgerschule errichtet werden.

— (Unsere Mittelschulen.) Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat hinsichtlich der Mittelschulen in Slowenien folgendes bestimmt: Das deutsche Gymnasium in Marburg wird mit Ende des laufenden Schuljahres aufgelöst, ebenso das Gymnasium in Bettau. Die Schüler können ihre Studien am Laibacher deutschen Gymnasium fortsetzen. An der Realschule in Marburg beginnt mit dem nächsten Schuljahre der Unterricht nur mit der slowenischen ersten Klasse, doch bleiben die deutschen Klassen 2—7 vorläufig bestehen. Das deutsche Staatsgymnasium in Laibach, das weiterbesteht, wird mit dem nächsten Schuljahre in ein deutsches Realgymnasium umgewandelt. Diese Umwandlung beginnt mit der ersten Klasse. Die Klassen 2—8 bleiben bestehen, bis der derzeitige Turnus beendet ist. Aufnahmsprüfungen in der deutschen Sprache können nur am deutschen Realgymnasium in Laibach abgelegt werden. — Das Gillier Staatsgymnasium wurde bekanntlich schon mit Beginn des zweiten Semesters des nunmehr abgeschlossenen Schuljahres aufgelassen, ebenso die Oberklassen des Staatsgymnasiums in Gottschie.

— (Die neuen Banknoten) werden im August fertiggestellt sein, so daß sie im September mit den gegenwärtigen Banknoten ausgetauscht werden können.

— (Anpflanzung von Tabak.) Nach einer kürzlich erschienenen Verordnung des Finanzministers ist die Anpflanzung von Tabak ohne ausdrückliche Bewilligung des Finanzministers verboten.

— (Von unseren Amerikanern.) Es sind nun schon einzelne unserer Landsleute aus Amerika in die alte Heimat zurückgekommen. Sie erzählen, daß viele unserer Landsleute die Absicht haben, in die Heimat zurückzukehren, wenn es hier eine halbwegs auskömmliche wirtschaftliche Existenz geben werde. Im Laufe des Weltkrieges nahm die Abneigung gegen die Deutschen in Amerika immer mehr zu, die öffentliche Meinung Amerikas nahm immer schärfer und leidenschaftlicher gegen sie Stellung. Die deutsche Sprache wurde verpönt. Unseren Landsleuten kam dabei ihre Mundart zugute, die man nicht als deutsche Sprache erkannte. — Laibacher Blätter melden, daß etwa 100.000 Jugoslawen aus den Vereinigten Staaten in die Heimat zurückkehren wollen.

— (Vom Wetter. — Ernteaussichten.) Wir haben zunächst noch vom Juni etwas nachzutragen. Bei dem nachmittägigen Gewitter, das sich am 13. Juni über Gottschie entlud, schlug der Blitz in das Haus des Herrn Gerichtskanzlisten Hutter in der Berggasse ein, ohne jedoch zu zünden oder einen wesentlichen Schaden anzurichten. — Am 24. Juni brach über unsere Gegend ein heftiges Unwetter los. Es schlug mehrmals ein (in den Kirchturm?, in die elektrische Leitung), ohne jedoch zu zünden. Auf den Straßen und Gassen bildeten sich infolge des heftigen Regengusses förmliche Wasserbäche. Die Neigung zur Regenbildung und zu Gewittern hielt sodann mehrere Wochen an. Dabei hatten wir in der ersten Hälfte des Juli so kühle Tage wie sonst im Spätherbst.

Nach einer Reihe von Tagen, an denen ein Gewitter das andere ablöste, trat am 15. Juli ein Landregen ein, der zwei Tage dauerte. — Infolge der nasskalten Witterung sind insbesondere der Mais und die Fisolten im Wachstum stark zurückgeblieben, so daß man Befürchtungen hegt, ob sie heuer reifen werden. Die Frühkartoffeln sind gegenüber dem Vorjahre um ungefähr drei Wochen in der Entwicklung zurück. — Nach etwa drei schönen Tagen trat am 21. Juli wieder kühles Regenwetter ein. Dann kamen lange, schwere Landregen, so daß man bereits fast eine Überschwemmung befürchtete, die jedoch nicht eintrat. Nach kurzer Ausheiterung, wobei jedoch von einer Hitze, wie sie die Hundstage sonst zu bringen pflegen, nichts zu spüren war, kam wieder Regenwetter. Schließlich sei noch bemerkt, daß der Mais da und dort auch durch Wurmfraß stark leidet. — Am 31. Juli ist endlich Ausheiterung eingetreten. Hoffentlich wird nun das Augustwetter und die Augustwärme das einbringen, was der nasse und kalte Juli versäumt hat.

— (Übersiedlungen.) Am 6. Juni verließ Herr Professor Gustav Naser samt Familie Gottschie, um nach Deutschösterreich zu übersiedeln. Sein Abgang von hier wird hier allgemein bedauert. Herr Professor Naser war nicht nur als tüchtiger Fachmann und trefflicher Lehrer in Schüler- und Elternkreisen hochgeschätzt und beliebt, sondern auch als Förderer unseres gesellschaftlichen Lebens. Seiner Initiative war es zu verdanken, daß das hiesige Dilettantentheater wieder zu neuem Leben erstand und so der Bevölkerung mancher genußreiche Abend geboten wurde. Auch auf dem Gebiete der Gärtnerei hat der Herr Professor hier bahnbrechend gewirkt und wußte seine Gärtnerei zur Blüte bringen. Indem wir der geehrten scheidenden Familie ein herzliches Lebewohl zurufen, wünschen wir ihr in ihrem neuen Heim alles Gute. In der zweiten Hälfte des Juli verließ auch Herr Professor Adolf Raimondi degli Astolzi mit Familie mit dem Staffeldzuge Gottschie, um nach Niederösterreich zu übersiedeln. Mit Bedauern sahen wir den Herrn Professor von Gottschie scheiden, der wegen seines charaktervollen Wesens die allgemeine Wertschätzung genoß und als tüchtiger, kunstverständiger Fachmann und gewissenhafter Lehrer von Eltern und Schülern hochgeachtet wurde. — Auch Herr Oberpostmeister Hutter und Frau Forstmeister Luise Hermann sind kürzlich nach Niederösterreich übersiedelt.

— (Das Eisenbahndefizit im S H S-Staat.) In der Nationalversammlung in Belgrad führte Eisenbahnminister Bulović aus, daß die Eisenbahnen des S H S-Staates derzeit trotz der ungeheuren Erhöhungen des Eisenbahntarifes noch immer ein monatliches Defizit von 12 Millionen Kronen aufweisen.

— (Neues Sanitätsgesetz.) Es ist in Belgrad der Entwurf eines neuen Sanitätsgesetzes ausgearbeitet worden, das für das ganze Königreich S H S Geltung haben soll.

— (Vermehrung der Gendarmerie.) Der Minister des Innern Prebičević teilte mit, daß die Kopfzahl der Gendarmerie im S H S-Staate auf 18.000 werde erhöht werden.

— (Todesfall.) Am 30. Juli ist hier nach langem, schwerem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, Herr Johann Unterrainer, Bezirks-Gendarmeriewachtmeister i. R., in seinem 85. Lebensjahre gestorben. Der Verbliebene, ein geborener Tiroler, kam im Jahre 1869 als Bezirkswachtmeister nach Gottschie und versah seinen Dienst stets mit größter Gewissenhaftigkeit und Treue in mustergiltiger Weise. Wegen seines charaktervollen Wesens und seiner empfehlenden Eigenschaften war er allgemein geachtet und geschätzt. Infolge seiner jahrzehntelangen Dienstleistung in Gottschie kannte er den Bezirk durch und durch. In den letzten Monaten machten sich die Beschwerden seines hohen Alters immer mehr geltend. Jedermann, der den Verbliebenen kannte, wird ihm eine freundliche Erinnerung bewahren. Er ruhe in Frieden.

— (An dem Demonstrationsstreik) am 21. Juli beteiligten sich auch die Arbeiter und Arbeiterinnen des hiesigen Kohlenwerkes. Sie veranstalteten am genannten Tage unter Vorantragung einer roten Fahne, mit roten Bändern und Blumen geschmückt, einen Demonstrationsumzug vom Kohlenwerke durch die

Stadt bis zum ehemaligen Brauhause und zurück. Es verlief alles in guter Ordnung, Ausschreitungen kamen keine vor. Die Gasthäuser waren auf behördlichen Auftrag am 20. und 21. Juli gesperrt.

— (Die Vertretung des deutschösterreichischen Staates) befindet sich seit 5. Juli nicht mehr am Balvasorplatz Nr. 6, sondern am Auerspergplatz (Turjaški trg) Nr. 4, 2. Stock.

— (Wirtschaftsvertrag mit Deutschösterreich.) Am 25. Juli fand in Belgrad eine Enquete über den neuen Rekompensationsvertrag mit Deutschösterreich und Deutschland statt.

— (Zwei fleischlose Tage.) Das Ministerium für Volksernährung beabsichtigt zwei fleischlose Tage in der Woche einzuführen.

— (Verbot der Ausfuhr von Pferden und Hornvieh.) Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat der Ministerrat die Ausfuhr von Pferden und Hornvieh verboten.

— (Die neue Nationalbank. — Krone und Dinar.) Der Nationalversammlung in Belgrad ist von der Regierung ein Gesetzentwurf betreffend die Gründung einer Nationalbank zugegangen. Die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes können für große Teile unseres Staates (Slowenien, Kroatien) verhängnisvoll werden. Hierüber schreibt „Slovenski Narod“: ... Ein zweiter Hauptmangel des Entwurfes liegt darin, daß von der Bank zwei Arten von Banknoten ausgegeben werden sollen, und zwar serbische Dinare, die durch Gold und Silber gedeckt wären, und Staatsdinare ohne Deckung. Die Staatsdinare sollen zwar durch die Staatswaldungen gedeckt werden, aber im Auslande würde diese Deckung nicht als hinreichend angesehen werden, so daß der Staatsdinar im Auslande nur wenig mehr wert wäre als die heutige Krone. Der serbische Dinar, der durch Gold, Silber und andere Werte der Nationalbank sowie durch eine Staatsanleihe gedeckt wäre, würde einen viel höheren Kurs erreichen, als der Staatsdinar. Wer also im Auslande kaufen wollte, müßte sich vorerst serbische Dinare verschaffen. Der serbische Dinar würde hauptsächlich im alten Serbien zirkulieren, der Staatsdinar dagegen in den übrigen Gebieten des früheren österr.-ung. Staates und würde nur durch Umwechslung österreichischer Kronen in den Verkehr gelangen. Hinsichtlich dieser Umwechslung verlangt nun der Entwurf etwas ganz Unerhörtes, nämlich daß die Nationalversammlung die Regierung zur Bestimmung des Kurses ermächtigen soll, zu welchem die österreichischen Kronen in Staatsdinare eingetauscht werden können. Wie man hört, will Finanzminister Ninčić diesen Einlösungsschlüssel mit 4 zu 1 oder gar mit 5 zu 1 bestimmen; für 5 Kronen würde man also nur einen Staatsdinar bekommen, der eben im Auslande ebenso wenig anerkannt werden würde wie die jetzige Krone. — Die Sozialdemokraten und der Nationalklub sprachen sich gegen die Vorlage aus. In der slowenischen Presse wird auf die katastrophale Bedeutung hingewiesen, die eine solche Valutaregulierung für das wirtschaftliche Leben hätte. In diesem Sinne veröffentlichten z. B. Dr. Vladimir Ravnihar und Dr. Vinko Buc Aufsätze im „Slovenski Narod“. Dr. Buc erklärt, daß eine solche Regelung der Valuta eine schwere wirtschaftliche Katastrophe zur Folge hätte, und tritt dafür ein, daß diese wichtige und schwierige Frage nicht auf einmal, sondern allmählich im Laufe eines Jahres gelöst werde, damit man es in der Hand habe, etwa sich ergebende Fehler in der Durchführung entgegen verbessern zu können.

— (Waffenübung.) Die Jahrgänge 1889 und 1888 sind zu einer zweimonatigen Waffenübung einberufen.

— (Militärstrafgesetz.) Das serbische Militärstrafgesetz wird sowohl für Serbien, wie für das ganze Königreich so lange gelten, bis das neue Gesetz, das für alle Gebiete des Königreichs gelten soll, erscheinen wird.

— (Rechtshilfe zwischen Slowenien und Deutschösterreich.) Auf Grund verbürgter Gegenseitigkeit sind nach einem Erlasse des Kommissärs für Justizsachen in Laibach Exekutionstitel, die in Deutschösterreich nach dem 2. November 1918 entstanden sind, wie inländische Exekutionstitel zu behandeln, solche Exekutionstitel

die vor dem 2. November entstanden sind, aber nach den gleichen Grundsätzen, wie früher Rechtshilfe in Exekutionssachen zwischen Österreich und Kroatien und Slavonien gewährt wurde. In Prozessesachen sind Angehörige dieser Gebiete von der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten befreit und kann ihnen auch das Armenrecht bewilligt werden. Öffentliche Urkunden bedürfen keiner weiteren Beglaubigung. Die Gerichte in Deutschösterreich haben in slowenischer Sprache verfaßte Zuschriften der Gerichtsbehörden in Slowenien anzunehmen und zu erledigen und ebenso haben die Gerichte in Slowenien in deutscher Sprache verfaßte Zuschriften der deutschösterreichischen Gerichte anzunehmen und zu erledigen.

— (Beschränkung der Ersatzpflicht im Eisenbahnverkehr.) Das Verkehrsministerium bringt zur Kenntnis, daß mit Rücksicht auf die außerordentlichen Verkehrsverhältnisse bis auf weiteres die Höhe der Ersatzleistung für Verlust, Verminderung oder Beschädigung von Personengepäck oder Eilgut auf höchstens 30 Kronen für ein Kilogramm des Abganges oder der Beschädigung beschränkt wird.

— (Monopol-Gebühren.) Zufolge einer Kundmachung der Zoll-Generaldirektion in Belgrad beträgt die Monopolgebühr für 100 kg Zündhölzchen 126 Dinare in Gold, für Salz 17 Dinare. Bewilligungen zur Einfuhr dieser Gegenstände erteilt die Monopolverwaltung in Belgrad.

— (Fallen der Schweine- und Viehpreise.) Von gutunterrichteter Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß wegen der großen Menge der vorhandenen Schweine und Rinder die Schweine- und Viehpreise im Fallen begriffen sind. Der Preis für Schweine ist gegenwärtig 4 bis 5 K pro 1 Kilo Lebendgewicht. Ein weiteres Fallen der Preise ist für späterhin zu gewärtigen.

— (Einfuhr aus Deutschösterreich.) Es ist jetzt ermöglicht, folgende Waren aus Deutschösterreich einzuführen: Farben (nur in geringer Menge), Preßhese, Instrumente, Hüte, Motoren, landwirtschaftliche Maschinen, Maschinen für Gewerbetreibende, Zeitungspapier, Glas u. a. Wer solche Waren zu importieren wünscht, muß ein mit einem 3 K-Stempel versehenes Gesuch an die Centralno upravo za trgovački promet, podružnica“ in Laibach richten.

— (Die Zollpolitik.) Aus der Rede, die Dr. Franz Novak in der Versammlung der Vertrauensmänner der jugoslawisch-demokratischen Partei (6. Juli) in Laibach hielt, entnehmen wir u. a.: „Der autonome Zollarif hat die Gefahr einer katastrophalen Folge für den Wohlstand unserer Gesamtbevölkerung. Die Textilindustrie z. B. ist bei uns bei weitem nicht so entwickelt, daß sie unseren Bedarf decken könnte. Infolgedessen aber kommt der Zoll für einen gewöhnlichen Anzug auf 200 bis 300 Kronen. Die Kritik in dieser Hinsicht ist gerechtfertigt, wie auch mit Rücksicht auf andere Artikel des täglichen notwendigen Konsums. Diese müßten nach meiner Meinung zollfrei sein, oder müßte sich dieser Zoll auf das niedrigste Ausmaß beschränken ... Aus Zeitungen und anderen Nachrichten haben Sie erfahren, daß der Zoll für bestimmte Druckereigegenstände fast 800 bis 900 Prozent ihres Wertes beträgt. Damit ist die kulturelle Entwicklung unseres Volkes gehindert, weil die Gefahr besteht, daß die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern unmöglich gemacht wird.“ Redner betonte schließlich die Notwendigkeit einer Abhilfe.

— (Einreise nach Deutschösterreich.) Wer nicht nach Niederösterreich zuständig ist und dort nicht seinen ständigen Aufenthaltsort hat, muß bei der politischen Behörde um die Bewilligung zur Einreise ansuchen, falls er mehr als drei Tage in Niederösterreich verbleiben will. Die Bewilligung zur Reise nach Wien und Wiener-Neustadt erteilt die zuständige Polizeibehörde, für die übrigen Orte die zuständige Bezirkshauptmannschaft. Vergehen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafen bis 5000 Kronen oder 6 Wochen Arrest geahndet. Einreisebewilligungen im Gebiete von Ungarn, Tschechien und Südblawien werden vom 1. August an in den Einbruchsstellen in Deutschösterreich zurückgewiesen, wenn sie nicht das Paßvisum einer deutschösterreichischen Gesandtschaft haben.

— (Ein neuer Lehrplan für Mittelschulen) wird im Königreiche der SHS bereits im Schuljahre 1919/20 eingeführt werden. Nach demselben werden sämtliche Mittelschulen (nicht bloß das Gymnasium, sondern auch die Realschule) achtklassig sein. Die Klassen I—III werden im ganzen Königreiche gleichartig sein, und zwar wird in der ersten Klasse nur die Muttersprache (5 St.), Religionslehre (2 St.), Geographie (3), Naturgeschichte (2) und Mathematik (4) gelehrt werden, zusammen also nur 16 Stunden in der Woche. Demnach also keine fremde Sprache, weder die lateinische noch eine moderne. In der zweiten Klasse beginnt der Unterricht im Französischen (3 St.), in der dritten der Geschichtsunterricht (3 St.). In den ersten drei Klassen ist der Unterricht für sämtliche Mittelschüler ein einheitlicher, erst in der vierten Klasse (nachdem sich die besondere Neigung und Begabung der Schüler für die eine oder die andere Richtung gezeigt hat) erfolgt die Trennung. Die Gymnasialschüler bekommen in der vierten Klasse zu den übrigen Gegenständen Latein hinzu (5 St.), die Realschüler das Englische, eventuell das Deutsche (3 St.), beide überdies Chemie (2 St.). Man rechnet damit, daß nach der vierten Klasse viele Schüler aus der Mittelschule austreten werden. Von der fünften Klasse an zerfallen auch die Gymnasialschüler in zwei Richtungen: die einen (humanistisches Gymnasium) beginnen nun mit dem Griechischen (4 St.), die anderen (Realgymnasium) mit dem Englischen, bezw. Deutschen (3 St.).

— (Warnung.) In Laibach und anderwärts versuchen gewisse Leute gegenwärtig Banknoten in Verkehr zu bringen, die mit ungültigen magyarischen Stampiglien gestempelt sind, insbesondere magyarische 1000 Kronen-Noten. Es wird vor der Annahme solcher Banknoten gewarnt.

— (Briefverkehr mit Deutschösterreich.) Der Briefverkehr mit Deutschösterreich und mit der tschechoslowakischen Republik ist wieder eröffnet. Zulässig sind aber nur gewöhnliche, offen aufgegebene Briefe, gewöhnliche und rekommandierte Korrespondenzkarten und gewöhnliche Drucksachen. Alle diese Sendungen sowie auch die aus dem Ausland kommenden unterliegen der Zensur, dürfen also nicht geschlossen ausgegeben werden und müssen mit der Adresse des Absenders versehen sein.

— (Ministerkrise.) Es ist eine neuerliche Ministerkrise in Belgrad entstanden. Ministerpräsident Stojan Protic will nach der Rückkunft des Prinzregenten nach Belgrad seine Demission unterbreiten.

— (Die neuen Postgebühren) scheinen, obwohl sie schon seit 1. Juli in Geltung sind, noch immer nicht allen Brieffschreibern bekannt zu sein. Man bekommt noch immer ungenügend frankierte Briefe und muß Strafgeld zahlen. Es sei also daran erinnert, daß die Gebühr für gewöhnliche Briefe (bis zu 20 Gramm) 30 h beträgt, für Postkarten (Ansichtskarten) 15 h, für Drucksachen mindestens 10 h, und zwar 5 Heller für je 50 Gramm oder einen Teil dieses Gewichtes.

— (Zur Agrarreform.) Das Ministerium für Agrarreform in Belgrad hat eine Verordnung ausgearbeitet, welche die Eigentumsübertragung von Grundstücken der Großgrundbesitzer verbietet. Dieses Verbot ist auch in die Grundbücher einzutragen.

— (Staatsbürgerschaft.) In einem Briefe aus Paris an den „Slovenski Narod“ (30. Juli) wird mitgeteilt, daß in Jugoslawien nach den Friedensbedingungen jeder die Staatsbürgerschaft zu bekommen hat, der vor dem 1. Jänner 1910 sich im Lande angesiedelt hat.

— (Der Zusammenbruch Deutschlands.) In einer großen Aufsehen erregenden Verteidigungsrede gegen die Anwürfe des deutschnationalen Abgeordneten Gräfe erklärte Erzberger am Schlusse: „Der Zusammenbruch Deutschlands wurde nicht durch die Revolution, sondern durch die konstante Beschwindelung des Volkes durch die Militärs bedingt. Nicht die Friedensresolution lähmte die deutsche Widerstandskraft, sondern der Mangel an innerer und äußerer politischer Einsicht der Konservativen und der Obersten Heeresleitung, die das Volk terrorisierten.“

— (Salz.) Der Preis für Salz ist abermals gestiegen. Er beträgt nunmehr K 1.89 (ohne Verpackung.)

— (Entlassung der älteren Jahrgänge.) Alle über 38 Jahre alten Soldaten unseres Staates werden nunmehr nach Hause entlassen. Die Mobilisierung von Teilen des zweiten Aufgebotes hat am Peterstage begonnen. Der Ersatz wird durch Rekruten und durch in Kriegsgefangenschaft gewesene Mannschaft geleistet werden.

— (Zollfreiheit für Lebensmittel.) Die Generalzolldirektion hat für folgende Lebensmittel Zollfreiheit gewährt: Weizen, Roggen, Gerste, Mais, Buchweizen (Heiden), Gemüse, Hülsenfrüchte, Heu, Stroh, Hafer, Kleie, Lebendvieh, Kleinvieh, Geflügel. Für 100 Kilogramm Zucker werden 20 Dinare in Gold Konsumsteuer gezahlt.

— (Die Monopoltaxe für Einfuhrsalz), das sich Private aus dem Auslande kommen lassen, beträgt, gemäß dem offiziellen Kurs von 300 Kronen für 100 Dinar, 17 Dinar und 60 Para oder 73 Kronen 92 Heller in gestempelten österreichisch-ungarischen Banknoten unter Zugrundelegung des Kurses von 100 Dinar in Gold für 420 Notenkronen.

— (Filialen der österr.-ung. Bank.) Der Finanzminister hat bewilligt, daß die Filialen der österr.-ung. Bank in Jugoslawien ihre Amtstätigkeit im vollen Umfange aufnehmen können.

— (Vermögensabgabe in Deutschland.) Nach dem großen deutschen Finanzplan wird die Vermögensabgabe 70—90 Milliarden betragen. Vermögen bis zu 20.000 Mark werden mit 10%, größere Vermögen mit 30—70% besteuert. Dadurch soll erreicht werden, daß der größte Teil des Papiergeldes aus dem Verkehr verschwindet.

— (Wiederannahme der nicht deutlich gestempelten Banknoten.) Vor der Annahme nicht gestempelter Banknoten war früher amtlich gewarnt worden. Nun aber hat der Finanzminister angeordnet, daß die nicht deutlich gestempelten Banknoten künftighin wieder überall angenommen werden dürfen. Damit wurde eine große Erleichterung im Geldverkehr geschaffen, der in der letzten Zeit durch die Verordnung betreffs der Nichtannahme der nicht deutlich gestempelten Banknoten beinahe unmöglich gemacht worden war.

— (Blätterstimmen zum Friedensvertrag mit Deutschösterreich.) Das „Neue Wiener Journal“ schreibt, der Friedensvertrag macht Deutschösterreich lebensunfähig. „Mit dem Kadaver eines Staates können auch die Sieger nichts anfangen, als ihn verscharren, und mit ihm würden sie auch eine immerhin nicht zu verachtende Siegesbeute, die sie zu machen hoffen, auf Nimmerwiedersehen begraben. Das kann doch schließlich nicht ihre Absicht sein!“ — Nach der „Wiener Mittagszeitung“ hat die Veröffentlichung des Friedensvertrages in parlamentarischen Kreisen einen vernichtenden Eindruck hervorgerufen. Man hält die Bestimmungen des Vertrages für unausführbar. Die Sozialdemokraten betrachten die Ausführung des Friedensvertrages in seinem wirtschaftlichen Teile als eine Versklavung Deutschösterreichs für die kommenden drei Jahrzehnte. Deutschösterreich werde seine Selbständigkeit verlieren und eine imperialistische Kolonie der Entente werden.

— Die New Yorker Blätter schreiben über die finanziellen Bestimmungen, daß der Bankrott Deutschösterreichs beabsichtigt sei, da dieser Staat die Friedensbedingungen nicht durchführen könne und nicht einmal Kredit für seine Lebensmittel habe. — Staatskanzler Dr. Renner erklärte: Weil wir halten wollen, was wir versprechen, werden und wollen wir nicht unterschreiben, was wir nicht halten können. Das ist nicht Trost, sondern Redlichkeit. — Staatssekretär Dr. Bauer betonte, daß Deutschösterreich auf 30 Jahre hinaus die Unabhängigkeit verlieren werde. Die von Deutschösterreich zu zahlende Kriegsschuld würde ungefähr 70% von 68 Milliarden betragen, so daß 8000 K auf jeden Kopf entfallen würden. (Auf eine normale Familie von 5 Köpfen somit 40.000 K! D. Schriftl.) — Dr. Friedrich Adler sagte in einer Versammlung, die wirtschaftlichen Bestimmungen hinsichtlich der

Kriegsanleihe, die Deutschösterreich die Bezahlung von mindestens 50 Milliarden auferlegen, bedeuten den Staatsbankrott. Die Behandlung Deutschösterreichs sei weit schlimmer als die Deutschlands. — Wenn Deutschösterreich nicht unterschreibt, hat es seitens der Großmächte die nämlichen Gewaltmaßregeln zu gewärtigen, die Deutschland in diesem Falle angedroht wurden.

— (Die orthodoxe Kirche.) In der feierlichen Konferenz des Metropoliten und der Bischöfe aus allen Gegenden des Königreiches wurde in Belgrad am 28. Mai die Vereinigung aller serbisch-orthodoxen Kirchen des Königreiches proklamiert.

— (Stempel!) Amtlich wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle Eingaben an Behörden in Belgrad zu stempeln sind. Un- gestempelte wandern unerledigt in den Papierkorb, während gestempelte Eingaben auf jeden Fall erledigt werden.

— (Waffenbesitz.) Nach einer jüngst erlassenen behördlichen Verordnung ist bis auf Widerruf den Zivilpersonen der Besitz von Waffen jeder Art ohne besondere Bewilligung untersagt. Die bisherigen Waffenpässe behalten jedoch ihre Gültigkeit. In Zukunft dürfen Waffenpässe von den politischen Behörden nur über Ermächtigung der Landesregierung ausgegeben werden. Alle durch Waffenpässe nicht gedeckten Waffen sind sofort abzuliefern.

— (Mangel an Richtern.) In Slowenien sollen gegenwärtig 80 bis 100 Richter fehlen. Zum Richtermangel tritt nun auch der Lehrermangel hinzu.

— (Eine Bergbauschule in Cilli.) Mit 1. Oktober 1919 wird in Cilli der erste Jahrgang zur Heranbildung eines Nachwuchses an Grubenaufsehern eröffnet. Die Schule wird zwei Jahrgänge umfassen und es soll für die Schüler ein Internat geschaffen werden. Prospekte wird die Direktion im Monate August versenden. Die Anmeldefrist läuft mit 15. August 1919 ab.

— (Die Wahlordnung für die Konstituante.) Laut Blätterstimmen ist die Wahlordnung bereits fertiggestellt. Das aktive Wahlrecht wird mit vollendetem 21., das passive Wahlrecht mit vollendetem 25. Lebensjahre erworben.

— (Mangel an Kleingeld.) Der Mangel an Kleingeld wird immer fühlbarer. Es heißt, daß unsere Nickel- und Eisenmünzen nach Italien abwandern. Man behilft sich nun beim Wechseln überall mit Briefmarken. Da der Empfänger selbstverständlich nicht so viel Briefe schreibt, daß er die eingewechselten Postwertzeichen hierfür verwenden könnte, gibt er sie wieder an Geldesstatt ab. Es wurde daher in den öffentlichen Blättern bereits der Gedanke angeregt, es möge, solange der Mangel an Kleingeld herrscht, die Markenannahme behördlich geregelt werden. Am besten wäre es, da man gegenwärtig Münzen nicht prägen kann, Kleinpapiergeld herzustellen, wie solches vor mehr als fünf Jahrzehnten der Fall war, wo man das 10 kr.-Papiergeld hatte.

— (Entlassung der Gewerbetreibenden aus dem Heere.) Laut Erlasses des Kriegsministers werden alle Gewerbetreibenden, die an den Operationen in diesem Kriege teilgenommen haben, sofort nach Hause entlassen.

— (Die Universität in Laibach) wird noch in diesem Jahre (Herbst) mit vier vollständigen Fakultäten (der theologischen, juridischen, philosophischen und technischen) und zwei Jahrgängen der medizinischen Fakultät eröffnet werden.

— (Ein Ministerium für Forstwirtschaft und Bergbau.) Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verfügung des Königs betreffend die Schaffung eines Ministeriums für Forstwirtschaft und Bergbau.

— (Jugoslawen in Amerika.) Nach den Angaben des Professors Pupin leben gegenwärtig etwa 500.000 Auswanderer aus Jugoslawien in Amerika. Es sind dies Kroaten und Slowenen, aber fast keine Serben. Nach Pupins Ansicht werden davon gegen 150.000 in die alte Heimat zurückkehren. Die erste Partie, etwa 3500 Personen, ist schon abgereist. Dann folgten weiter 7000 usw. Pupin nimmt an, daß jeder der Rückkehrer 1000 Gold-Dollar mitbringt. Der Kurs des Golddollars ist jetzt über 30 Kronen. Nach Slowenien wollen angeblich 50.000 Auswanderer zurückkehren.

— (Lebensmittelversorgung.) Wie der Leiter der Lebensmittelversorgung Europas, Herr Hoover, sich äußerte, werden nach den bisher eingetroffenen Nachrichten Rumänien, Bulgarien, die Türkei und Jugoslawien dieses Jahr imstande sein, soviel zu erzeugen, als sie für ein Jahr brauchen, außer einigen nebensächlichen Produkten.

— (Ein neuer Vorschlag zur Lösung der adriatischen Frage.) Nach der „Perseveranza“ hat Tittoni einen neuen Vorschlag zur Lösung der adriatischen Frage gemacht. Hiernach sollen zwei neue Freistaaten errichtet werden, und zwar der Freistaat Fiume mit Umgebung und der Freistaat Zader-Sibenik-Split (Zara-Sebenik-Spalato). Der jugoslawische Staat hat schärfstens Protest dagegen eingelegt, daß die Frage auf diese Weise gelöst werde.

— (Abtassung der Briefzensur.) Der Ministerrat in Belgrad hat beschlossen, die Zensur von Briefen und Postkarten im inländischen Verkehr mit 15. Juli abzuschaffen. Der Zensur unterliegen bloß Briefe und Karten in das feindliche Ausland.

— (Das Ende der Virginiazigarren.) Wie dem „Agramer Tagblatt“ mitgeteilt wird, wird man mit der Erzeugung der Virginiazigarren gänzlich aufhören.

— (Deutsch-japanischer Geheimvertrag.) Die „Shanghai-Gazette“ veröffentlicht die neun Punkte des deutsch-japanischen Geheimvertrages, der in Amerika die Gemüter jetzt so beunruhigt.

— (Neue Stempelmarken.) Demnächst wird die Ausgabe neuer Stempelmarken erfolgen. Die Stempel der ersten Ausgabe bleiben bis auf Widerruf noch in Geltung.

— (Kriegsanleihe und Friedensvertrag.) Nach den Bestimmungen des der deutsch-österreichischen Republik nunmehr überreichten Friedensvertrags-Entwurfes ist über das Schicksal der Kriegsanleihe in Jugoslawien und in der tschechoslowakischen Republik nur soviel sicher, daß es einzig und allein von der Regierung dieser Staaten geregelt werden wird. Die ursprüngliche Annahme, daß etwa eine internationale Kommission diese brennende Frage in die Hand nehmen würde, wird hinfällig, die Frage der Übernahme oder Nichtübernahme wird nach den Bestimmungen des Entwurfes von St. Germain als innere Frage der Sukzessionsstaaten behandelt, in die sich die Entente nicht einmengt. Man darf also gespannt darauf sein, in welcher Weise in unserem Staate diese Frage gelöst werden wird. Von dieser Entscheidung wird das Wohl oder Wehe von Hunderttausenden von Kleinsparern abhängen, ebenso auch das Schicksal vieler Geldinstitute. Die Bevölkerung erwartet eine günstige Erledigung des Kriegsanleiheproblems, also die Anerkennung der Kriegsanleihe.

— (Das Einfuhrverbot für Waren aus Fiume aufgehoben.) Das bisher bestehende Einfuhrverbot für Waren aus Fiume ist aufgehoben worden und werden von nun an Waren aus Italien über Fiume in das Königreich der SHS eingeführt werden können.

— (Der Friede für Deutschösterreich.) Am 20. Juli wurde der vollständige Friedensvertrag vom Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta an die Vertretung von Deutschösterreich ohne weitere Förmlichkeiten übergeben. Mit Rücksicht auf den uns zur Verfügung stehenden Raum müssen wir uns darauf beschränken, nur jene Punkte hervorzuheben, die für uns von besonderem Interesse sind. Die Kriegsanleihen werden gestempelt. Die anderen Staaten, mit Ausnahme von Deutschösterreich, haben keine Verpflichtung gegen die Inhaber der auf ihrem Gebiete befindlichen Kriegsanleihen, aber diese Staaten und ihre Staatsangehörigen haben auch keinen Anspruch gegen Deutschösterreich. Die im früheren Ausland befindlichen Kriegsanleihen verpflichten nur Deutschösterreich. Eine Kommission der beteiligten Staaten wird sich über alle finanziellen Fragen verständigen, die durch die Auflösung der Monarchie und durch die im Friedensvertrage enthaltene Reorganisation der Staatsschulden und des Geldwesens notwendig werden. Innerhalb zweier Monate haben alle Sukzessionsstaaten die auf ihrem Gebiete befindlichen Banknoten abzustempeln und sie innerhalb von zwölf Monaten durch ihr eigenes Geld zu ersetzen. Die aus

dem Verkehr gezogenen Noten sind der Wiederherstellungskommission zu übergeben. Die österreichisch-ungarische Bank ist sofort zu liquidieren. Jeder Staat behält die auf seinem Gebiete befindlichen Scheidemünzen. Zivil- und Militärpensionisten des alten österreichischen Kaiserstaates, die auf Grund dieses Vertrages die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates als Deutschösterreich erwerben oder erwerben werden, haben aus dem Titel ihrer Pension gegen die deutschösterreichische Regierung keinen Anspruch. Die Liquidation deutschösterreichischer Vermögen durch die Nationalstaaten wird aufgehoben.

— (Die Sequestration.) Nach dem früheren Inhalte des Artikels 49 des Friedensvertrages mit Deutschösterreich hätten die auf dem Gebiete der alten Monarchie entstandenen Nationalstaaten das Recht gehabt, alle Vermögensschaften, wie Bankguthaben, Besitzungen, industrielle Unternehmungen u. dergl. deutschösterreichischer Staatsbürger oder von ihnen kontrollierter Gesellschaften zu beschlagnehmen und zu liquidieren, als ob es das Vermögen eines feindlichen Ausländers gewesen wäre. Das Vermögen wäre zum Zwecke der Liquidation konfisziert worden. Tatsächlich sind auch bei uns schon solche Sequestrationen vorgekommen, wenn auch bisher noch nicht zur Beendigung der Liquidation geschritten worden ist. Nun ist aber, wie der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau dem Staatskanzler Dr. Renner kürzlich mitteilte, der Artikel 49 gestrichen und durch folgende Bestimmung ersetzt worden: „Die Güter, Rechte und Interessen der österreichischen Staatsbürger und der von ihnen kontrollierten Gesellschaften unterliegen in den Gebieten, welche Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben, nicht der Beschlagnahme oder Liquidation...“ Es wird demnach hiedurch den Sequestrationen die Rechtsgrundlage entzogen werden und man darf nunmehr erwarten, daß alle Sequestrationen entweder von Amtswegen oder auf Ansuchen der Beteiligten aufgehoben werden.

— (Übertragung der Scheckguthaben.) Amtlich wurde bekanntgegeben, daß Scheckguthaben beim Wiener Postsparkassenamt über Ansuchen der Kontoinhaber auf die Scheckrechnung der Finanzverwaltung in Laibach übertragen werden. Diese Übertragung wird das Postsparkassenamt Wien durchführen. Das Guthaben jedes Kontoinhabers wird seiner Rechnung beim Scheckamt in Laibach gutgeschrieben oder es wird ihm das Guthaben im Baren ausgefolgt. Allerdings kann aber diese Übertragung augenblicklich noch nicht stattfinden, weil Deutschösterreich die Sperrverfügung noch nicht aufgehoben hat. Es steht zu erwarten, daß dies sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages geschehen wird. Sobald dann der Geldverkehr mit Deutschösterreich eröffnet und die Sperre aufgehoben wird, wird das Scheckamt ohneweiters die Übertragung der Scheckguthaben und Spareinlagen auf Grund der seitens der Parteien übersendeten Vollmachten veranlassen.

— (Die Auswanderung nach Amerika) ist nach einem Beschluß der amerikanischen Regierung auf vier Jahre verboten.

— (In die Wehrmacht des Königreiches SHS) sind bisher 1629 Offiziere aufgenommen worden, u. zw. 1516 bei der Armee und 113 bei der Marine.

— (Schulwesen in Jugoslawien.) Nach einer Belgrader Meldung ist in unserem Staate die Errichtung von 8000 Volksschulen notwendig und die Anstellung von 10.000 Lehrern. Die Regierung hat hierfür einen Kredit von zehn Millionen Dinar genehmigt. Auch eine durchgreifende Reform der Lehrerbildungsanstalten ist geplant.

— (Klassenlotterie.) Wie die Z. R. meldet, hat das Handelsministerium alle Vorbereitungen zur Schaffung einer Klassenlotterie getroffen. Die Regierung wird hierfür einen entsprechenden Kredit bewilligen.

— (Große Ausstellung in Laibach.) Die Handels- und Gewerbekammer in Laibach hat am 3. Juli beschlossen, dem Plenum der Kammer vorzuschlagen, im kommenden Jahre in Laibach eine große Ausstellung zu veranstalten, die der Ausgangspunkt für eine jährlich wiederkehrende Waren- und Mustermesse nach Art der Leipziger Messe werden soll.

— (Die Steuerämter selbständig.) Die Steuerämter sind von den Bezirkshauptmannschaften abgetrennt und in selbständige Ämter umgewandelt worden.

— (Vereinsauflösungen.) Alle Ortsgruppen des Vereines Südmärk und des Deutschen Schulvereines im Gebiete der Landesregierung in Laibach sind aufgelöst, weil sie Ortsgruppen von Vereinen sind, die ihren Sitz im Auslande haben und weil deren Satzungen den Interessen des Königreiches der SHS widerstreiten.

— (Ermäßigung der Südbahntarife.) Es heißt nunmehr, daß die Verordnung, betreffend die 200%ige Erhöhung der Tarife auf den Südbahnlinsen im südslawischen Gebiete, widerrufen wird und man sich mit der gleichen Tarifierhöhung begnügen wird, wie sie in Deutschösterreich verfügt wurde. In Deutschösterreich beträgt die Tarifierhöhung für die 1. Klasse 100%, für die 2. Klasse 66%, für die 3. Klasse nur 50% der früheren Tarife.

— (Das Ergebnis der Staatsanleihe) ist ein äußerst günstiges. Es wurden allein außerhalb des eigentlichen Serbiens über 200 Millionen Kronen gezeichnet, darunter in Slowenien über 40 Millionen Kronen, in Kroatien über 85 Millionen Kronen.

— (Neue Höchstpreise.) Der Stadtmagistrat in Marburg verordnete im Sinne des § 51 der Gewerbeordnung folgende vom 1. August bis auf Widerruf geltende Höchstpreise (Marktpreise): Frischausgeschälte Fijolen 1 Liter K 2.40, getrocknete Fijolen 2 K, Bohnenschoten 1 kg K 2.60, neue Kartoffeln 1 K, Kürbis 2 K, Gurken 2 K, Karfiol 4 K, Knoblauch 2 K, Kohlrabi 80 h, frisches Kraut K 1.40, Paradeis 5 K, ein Büschel Petersilie 10 h, Schnittlauch 10 h, Suppengrün 18 h, frische Zwiebel 1 kg K 1.40, Endivien Salat 2 K, Hauptesssalat 2 K, Schlußsalat K 1.60, Spinat 2 K, Schwämme 5 K, Weichseln 2 K, Ribisel 1 kg K 1.40, Himbeeren 4 K usw.

— (Zur Frage der Valutaregelung.) Der Entwurf des Finanzministers enthält die Gründung einer Nationalbank, die das Recht hätte, die neuen Dinarnoten auszugeben und die Kronennoten im Verhältnis drei zu eins (3:1) einzulösen, d. h. für einen Dinar wären drei Kronen zu geben. Der Entwurf sucht die Deckung dieser neuen Dinarnoten in den Staatswäldern, Domänen und Gütern. Das heißt, daß die Nationalbank auf die Verwaltung und Verwendung der Einkommen dieser Güter ein Kontrollrecht hätte. Die „Agrarzeitung“ schreibt: „Die erste Frage, die nun dem Finanzminister gestellt werden muß, ist: Wird die Einlösung der Kronennoten wirklich im Verhältnis drei zu eins im allgemeinen durchgeführt werden? Falls ja, so wird eine derartige Lösung in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben viele Verwundete und Tote verursachen, die hauptsächlich den unteren Klassen angehören dürften.“ Die „Agrarzeitung“ tritt dafür ein, daß die Einlösung der Kronennoten nach einem Proportionschlüssel durchgeführt werden solle, d. h. derart, daß die Ärmern weniger, die Reichen mehr im Einlösungskurse zu entrichten hätten, also z. B. bis 10.000 K mit dem Kurse von 2.40, bis 30.000 K mit 2.45, bis 100.000 K mit 2.50 usw.

— (Vereinheitlichung des Heeres.) Im Kriegs- und Marineministerium in Belgrad wird emsig am Projekte der Vereinheitlichung des gesamten Land- und Seeheeres der SHS gearbeitet. Zur Ausführung dieses Planes werden Inspektoren aufgestellt werden, die mit der Kontrolle in ihren Bereichen betraut sein werden.

— (Ein amtliches Dementi.) Das Laibacher Korrespondenzbureau meldet: Mit Rücksicht auf die im Auslande verbreiteten unwahren, beunruhigenden Meldungen über Aufruhr und Unruhen in Jugoslawien wird festgestellt, daß im ganzen Staate Ruhe und Ordnung herrscht.

— (Die neuen Banknoten) sind in Belgrad bereits eingetroffen, mit welchen die Kronen ausgetauscht werden sollen.

— (Falsches Geld in Triest.) In Triest sind große Mengen italienischer gefälschter Banknoten in den Verkehr gebracht worden, besonders solcher von 25 und 50 Lire. Allen jenen, die italienisches Geld brauchen, wird daher größte Vorsicht empfohlen.

— (Handelsvertrag zwischen Jugoslawien und Italien.) Mit Italien ist jetzt ein erneuter Vertragszustand in Kraft getreten. Die Handelsbeziehungen zu Italien sind nun auf die alte Grundlage gestellt, wie sie vor dem Kriege mit Österreich-Ungarn gewesen sind. Dieser Vertragszustand gilt jetzt für alle Teile des SHS-Staates und nicht nur für das alte Serbien allein.

— (Aufhebung der Blockade.) Am 12. Juli ist die Blockade Deutschlands aufgehoben worden.

— (Der Briefverkehr mit dem Auslande) ist nunmehr wieder eröffnet mit Ausnahme von Deutschland, Bulgarien, der Türkei, Ungarn, Rußland und Italien. In die genannten Staaten Briefe zu senden ist zwecklos, da sie nicht befördert werden können.

— (Steuer auf Spielkarten.) Auf alle Spielkarten ohne Ausnahme wird eine Steuer im Betrage von 5 Dinar (15 Kronen) gelegt. Das gilt sowohl für jene Spielkarten, die importiert werden, als auch für jene, die in den Geschäften verkauft werden.

— (Neue Luxussteuer in Wien.) Der Wiener Magistrat hat eine Vorlage, betreffend die Besteuerung von Billards, Equipagen, Reitpferden, Autos und Fuhrwerken, ausgearbeitet. Die Abgabe für ein Reitpferd beträgt 3000 K, für eine Equipage 5000 K. Das Erträgnis wird auf 3 Millionen veranschlagt.

— (Pferdeausfuhr.) Aus Krain sind kürzlich 547 Pferde nach Deutschösterreich ausgeführt worden.

— (Wareneinfuhr von auswärts.) In den letzten Wochen war die Wareneinfuhr auf das Gebiet SHS eine sehr rege. Waren, die schon lange nicht zu haben waren, kommen nun wieder in Verkehr. Die kaufmännische Konkurrenz beginnt wieder rege zu werden und das ist notwendig, damit die hohen Preise endlich zum Sinken gebracht werden.

— (Es wird billiger — in Deutschland.) In Deutschland sind, wie die „Bohemia“ meldet, die Schleichhandelspreise für Butter im allgemeinen von 30 Mark auf 18, Schmalz von 24 auf 18, Speck von 29 auf 20 M. gefallen. Boileblusen gibt es „unter der Hand“ schon für 25 M. gegen 40 vor mehreren Tagen. Kindertricotwesten sanken von 15 M. auf 2 M. 90 Pf.; wollener melierter Kleiderstoff ist von 30 auf 13 M. 50 Pf. gesunken; Holzsandalen von 5 M. auf 1 M. 50 Pf.; Wäschestoffe von 15—20 M. auf 8 M. 50 Pf.; Damenkostüme von 200 auf 120 M. Alles das ist noch nicht billig; die Herren Schleichhändler werden noch verdienen. Aber immerhin, es sind bemerkenswerte Preise. In Belgien sind die Preise bereits um 50% gesunken, in England um 25%.

— (Aus Wien) wandern dormalen monatlich 500—600 Familien aus, um sich in den neuen Volksstaaten niederzulassen.

— (Die Kohlenproduktion im Königreiche SHS.) Vor dem Kriege betrug die Kohlenproduktion im ganzen Königreiche etwa 800 Waggons Kohle, wovon auf Slowenien 360 Waggons entfielen. Der Minister für Bergwerke und Wälder erklärte, daß diese Menge sowohl für den Eisenbahn- als auch für den Schiffsverkehr, ja selbst für die wichtigsten Industriezweige ausreichend wäre, wenn nicht die Transportverhältnisse so zerrüttet wären. Die Kohle staut sich an einigen Bahnstationen und kann nicht weiterbefördert werden.

— (Tabakbau.) Im Jahre 1919 dürften, wie die Monopolverwaltung annimmt, im Königreiche der SHS 18 Millionen Kilogramm Tabak geerntet werden.

— (Ernte und Mehlpreise.) In einem Laibacher Blatte lesen wir, daß heuer eine besonders günstige Ernte zu erwarten sei. Wir haben uns darüber einigermaßen gewundert, denn hier in unserer Gegend richtet die beständige Masse und das fortwährende Regenwetter an den Feldfrüchten empfindlichen Schaden an. In dem betreffenden Zeitungsaufsatz wird ausgeführt, daß Jugoslawien heuer fast eine Million Meterzentner Getreide (Mehl) für die Ausfuhr zur Verfügung haben werde. Wenn für die Ausfuhr der Mahlerzeugnisse ein Exportzoll von 4 K für das Kilo verlangt würde, bekäme man hiedurch ein Mittel für die Erniedrigung der Preise unentbehrlicher Auslandswaren (Manufakturwaren u. dergl.). Ebenso sei beim Holzverkauf zu verfahren. Der Staat erhalte von

unseren Produzenten eine große Menge von Holz um den Preis von 350 K für 1 m³ und verkaufe das Holz nach Italien. Der Unterschied der Geldkurse und der Preise werde es der Regierung ermöglichen, die Herabsetzung der Preise für unsere Lebensmittel und für Viehfutter zu erreichen. Infolgedessen würden auch die Arbeitslöhne und die Preise der Importwaren fallen. In Deutschösterreich werde der Mehlpriß vielleicht von 10—15 K auf 7—8 K für das Kilogramm sinken; bei uns werden die Mehlpriße vielleicht auf 2½ bis 3 K für das Kilo fallen. Hiedurch werde sich auch ein Unterschied zwischen unserer und der deutschösterreichischen Krone ergeben: unsere Valuta werde sich kräftigen. Durch die Ausfuhr werde unsere Valuta gestärkt werden und es müsse auf jeden Fall der Absicht entgegengetreten werden, die Krone im Verhältnis von 1:3 oder gar 1:5 mit dem Dinar umzutauschen. Da wäre der Bankrott unausweichlich. Mit der Regelung der Valuta werde man noch eine Zeitlang zuwarten müssen.

— (Einschränkung der Steuerstundung.) Infolge eines Erlasses des Finanzministers vom 20. Juni wird die Steuer auf Spiritus, Zucker und Mineralöl sowie die Zölle nicht mehr gestundet, alle bisher gestundeten Beträge sind sofort einzuzahlen. Nur die Steuer auf Bier und Obstbranntwein kann nach den bisher geltenden Vorschriften noch weiter gestundet werden.

— (Neue Eisenbahntarifbestimmungen.) Mit dem 1. August treten bei den Eisenbahnen im Königreiche der SHS die Bestimmungen des zweiten Teiles des Personen-, Gepäck- und Expressstarifs in Kraft. Das auf eine Karte aufgegebene Gepäck darf höchstens 100 kg ausmachen: einzelne Stücke dürfen 50 kg nicht überschreiten. Die Transportgebühren für Expressgut werden bedeutend erhöht. Auch für Waren-, Lebend- und Totviehtransport ist der 2. Teil der Tarifbestimmungen mit 1. August in Kraft getreten. Damit werden die Minimalfrachtsätze um 70 Prozent, die meisten Nebengebühren um 100 Prozent erhöht. Die Tarifbestimmungen haben nur vorläufige Geltung bis zum Erscheinen eines neuen gemeinsamen Tarifes für alle Staatsbahnen.

— (Gegen die hohen Zölle) nimmt die slowenische Presse Stellung. In einem „Trebamo nov carinski sistem!“ betitelten Aufsatz (1. Juli 1919) wird im „Slovenski Narod“ ausgeführt, daß die gegenwärtigen allzu hohen Zölle sowohl die Produktion als auch den Konsum und das wirtschaftliche Leben schwer schädigen. Auch werde hiedurch die Regelung der Valuta unmöglich gemacht. Infolge der überhöhen Zölle steigen nämlich die Preise der Industriewaren in die Höhe. Die Vorbedingung für die Regelung der Valutafrage ist aber die frühere Erniedrigung der Preise, insbesondere der Preise der Massenartikel. Die beste Valuta hilft nichts, wenn die Preise immer so hoch bleiben, wie sie jetzt sind. Infolgedessen ist ein neues Zollsystem unausweichlich notwendig. Gegenstände, welche die heimische Industrie braucht (Schmieröl für Maschinen, Explosivstoffe, verschiedene Maschinen, Farben, chemische Hilfsstoffe für die Industrie, Bedürfnisse der Elektrotechnik), ferner Verbrauchswaren des täglichen Lebens, die im Lande nicht erzeugt werden (Kleider, Textilware mit Ausnahme von Luxusware, Zünder, Petroleum, Salz, Öl u. dergl.) sollten entweder ganz zollfrei sein oder nur mit mäßigen Zollsätzen belastet werden. Luxuswaren sollten hingegen höhere Zölle tragen. In diesem Sinne hat der Demokratische Klub in Laibach dem Finanzminister einen Vorschlag unterbreitet, in welchem die Gegenstände aufgezählt werden, für welche die Zölle erniedrigt werden sollen. — Laut Mitteilung der Agrar-Handels- und Gewerbekammer gedenkt der Handels- und Industrie-minister an die Ausarbeitung neuer Zolltarife für das Königreich der SHS zu schreiten sowie auch demnächst Verhandlungen zwecks Abschluß von Handelsverträgen zwischen dem Staate der SHS und anderen Staaten einzuleiten.

— (Zur Valutaregelung.) Die neuen Banknoten (Dinarnoten) werden im August fertiggestellt werden. Infolgedessen wird bereits im September d. J. ein Teil der Kronennoten aus dem Verkehr gezogen. Eine besondere Sachkommission wird den Empfang des Geldes vollziehen und dieses der Nationalbank übergeben.

— (Das Verhältnis der Tschechen zu den Deutschen.) In einer Unterredung mit dem tschechischen Schriftsteller Josef Pachmayer äußerte sich der neue Justizminister Dr. Vesely u. a.: Es freut mich, daß die Deutschen ebenfalls die Beziehungen zur jetzigen Regierung suchen und daß das Verhältnis zu ihnen, zu den deutschen Bürgern unseres Staates, bald wird geregelt und ausgeglichen werden können. Ich zweifle nicht daran, daß den Volksbedürfnissen in unserer Republik auch in nationaler Hinsicht gerecht entsprochen werden wird.

— (Schlecht gestempelte Kronennoten.) Das Eisenbahnministerium hat eine Verordnung erlassen, daß in Zukunft die Bezahlung aller Gebühren nur in deutlich gestempelten Kronen geschehen darf.

— (Wölfe in Krain.) Aus mehreren Gegenden Innerkrains wird neuerdings das Vorkommen von Wölfen gemeldet, und zwar handelt es sich um Wölfe, die bereits Standwild geworden sind. Auch in unseren Wäldern haben sich in der letzten Zeit wieder Wölfe angesiedelt, so z. B. auch im Revier Karlsbütten. Vor Jahren gab es bekanntlich bei uns so viel Wölfe, daß der Stand der Rehe darunter schwer zu leiden hatte. Um die Mitte der achtziger Jahre gelang es endlich, die Wölfe durch Vergiftung auszurotten. Man kann ja den Wölfen sonst schwer wirksam beikommen. Darum wird man wohl wieder zu diesem Mittel greifen müssen, sonst werden sich die Wölfe in den nächsten Jahren derart vermehren, daß sie eine große Gefahr für die Rehe bilden und den Wert der Jagden beeinträchtigen werden.

— (Kompensationsvertrag mit Deutschösterreich.) Nach einer Mitteilung des Belgrader Amtsblattes hat der Handelsminister mit der deutschösterreichischen Regierung einen Kompensationsvertrag abgeschlossen, der die Einfuhr von Waren im Werte von 90 Millionen Kronen in das jugoslawische Staatsgebiet sichert.

— (Der Notenumlauf der Österr.-ungarischen Bank.) Aus dem letzten Berichte der Österr.-ungarischen Bank geht hervor, daß von ihr Noten im Betrage von 43 Milliarden Kronen ausgegeben wurden.

— (Wein- und Branntweinsteuer.) Der Finanzminister wird der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf über die Einführung einer neuen Steuer auf Wein und Branntwein mit der Gültigkeit für das ganze Gebiet des Königreiches vorlegen.

— (Zur adriatischen Frage.) Aus Luzern wird (28. Juli) berichtet, daß Amerika einen Vermittlungsvorschlag gemacht habe, nach welchem die Stadt Fiume und ein kleiner Teil ihrer Umgebung an Italien zu fallen hätte, der größere Teil der Umgebung aber unter die Verwaltung des Völkerbundes käme. Die Eisenbahnstrecke Fiume-St. Peter hätte die Grenze zu bilden zwischen Italien und Jugoslawien und würde neutralisiert werden. Italien hätte auf die dalmatinischen Städte zu verzichten.

— (Der Friedensvertrag) mit Deutschösterreich wird kaum vor Mitte September perfekt sein. — Staatssekretär Dr. Schumpeter wird in absehbarer Zeit sein Amt zurücklegen, an seine Stelle soll Dr. Weiskirchner treten.

— (Neue Staatsnoten zu 5000 Kronen.) Neue Staatsnoten, auf 5000 tschechoslowakische Kronen lautend, werden vom Bankamte des tschechoslowakischen Finanzministeriums demnächst herausgegeben werden.

— (Ein verkanntes Volk.) Das verkannte Volk, von dem wir sprechen, sind wir selbst, nämlich wir Gottscheer. Wer bei uns längere Zeit gelebt hat und uns näher kennt, der sagt uns nichts Böses nach. Wir kennen so manche, die nicht deutschen Stammes sind, die aber in Gottschee sich wohl fühlten und Gottschee nicht einmal gerne verließen, als sie durch Amt und Beruf nicht mehr an unsere Stadt gebunden waren. Aber im allgemeinen herrscht leider noch viel Unkenntnis unseres Wesens und Volkscharakters, viel Voreingenommenheit gegen uns. Das bewirken hauptsächlich gewisse Schreiberereien in der Presse, die entstellen, aufbauschen, Ausnahmefälle als Regel hinstellen, verleumden usw. So sind wir Gottscheer allmählich immer mehr in ein schiefes, falsches Licht

gestellt worden; es gibt leider nur zu viele Leute in Krain, deren Vorstellungen über Gottschee ein bloßes Zerrbild der Wirklichkeit sind. Wir bedauern das, denn es kann uns doch nicht gleichgültig sein, ob wir in gutem oder schlechtem Rufe stehen. Müßten wir es ja doch schon erleben, daß dieser oder jener Beamte oder Geistliche, der nach Gottschee dekretiert wurde, anfangs eine förmliche Furcht vor dem Orte und Bezirke seiner neuen Amtswirksamkeit hatte und nur mit schlimmen Vorstellungen zu uns kam. Freilich wurde er dann meist gar bald eines Besseren belehrt. Denn wer uns wirklich kennt, der weiß, daß wir ein durch und durch loyales Völklein sind, das Recht und Gesetz achtet, niemandem etwas zu-leide tut, sondern freundlich ist gegen jedermann.

— (Dinar und Kronen.) Nach einer Erklärung des Finanzministers Dr. Minčić soll demnächst an die Einlösung der Kronennoten geschritten werden. Inzwischen soll das Einlösungsverhältnis festgesetzt werden. Es wird gesprochen, daß dieses Verhältnis 1:2¹/₂, 1:2 oder gar 1:3 sein wird, d. h. daß für 1 Dinar 2¹/₂, 2 oder 3 Kronen gegeben werden müssen. Das wäre für die an Serbien gefallen Gebiete der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie sehr ungünstig, es wäre so eine Art Kriegsentschädigung. Das Verhältnis zwischen Krone und Dinar sollte nicht anders als 1:1 festgestellt werden. „Sollte aber“, schreibt die „Gillier Zeitung“, „dennoch durch Einlösung der Kronennoten eine teilweise Valutaregulierung geplant sein und ein Verhältnis zu Ungunsten der Kronennoten konstruiert werden, so müßte gefordert werden, daß anfangs beide Noten eine Zeitlang als Zahlungsmittel in Kraft bleiben, um zu vermeiden, daß die ohnehin schon unerschwinglichen Preise für alle Bedarfsgegenstände nicht noch mehr in die Höhe schnellen, denn es würden sich rücksichtslose Händler und Kaufleute genug finden, welche das ungünstige Einlösungsverhältnis benutzen würden, um ihre Waren, die früher um soundsoviel Kronen verkauft worden sind, dann um ebensoviele Dinars an den Mann zu bringen, um möglichst rasch wieder jene Höhe an Dinarnoten zu erhalten, die sie in Kronennoten gehabt haben. Die Händler und Kaufleute müßten also gezwungen werden, die Verkaufspreise sowohl in Kronen als auch in Dinar ersichtlich zu machen, und es müßte den Käufern freigestellt sein, die Ware in Kronen oder in Dinars zu bezahlen. Die Bevölkerung erwartet jedoch, daß das Einlösungsverhältnis nicht anders festgesetzt wird als 1:1, wo dann die gedachte Maßnahme überflüssig ist.“

— (Die Deutschen in Großrumänien.) Die deutschen Minderheiten in Rumänien erhalten weitgehenden Schutz. Wo sie 20 oder mehr Prozent ausmachen, werden sie in ihrer Muttersprache verwaltet werden und deutsche Rechtsprechung erhalten. Die Unterrichtssprache in den Schulen soll vom Schulerhalter bestimmt werden. In allen staatlichen Schulen wird in der Sprache der Mehrzahl der Schüler unterrichtet werden. — Im Banat ist von der Belgrader Regierung der Führer der Banater Schwaben, Reinhold Heegn, zum deutschen Obergespann von Temesvar ernannt worden.

— (Große Auswanderung aus den Vereinigten Staaten.) Über Bergen wird „Svensk Handels Tidning“ aus den Vereinigten Staaten mitgeteilt, daß die Auswanderung von dort zurzeit außerordentlich lebhaft ist. Allein auf den französischen und englischen Linien wurden in der ersten Hälfte April rund 30.000 Passagiere, hauptsächlich Italiener, Tschechen und Griechen, befördert. Seit Anfang des Jahres dürften schon einige hunderttausend Italiener in ihre Heimat zurückgekehrt sein. Der größte Teil der Rückwanderer besteht aus ziemlich gut gestellten Leuten. Gleichzeitig fand eine große Auswanderung von Deutschen aus den Vereinigten Staaten nach Mittel- und Südamerika statt. Der Touristenstrom nach Europa hat bereits eingesetzt.

— (Wie viel hat der Weltkrieg gekostet?) Das amerikanische Finanzministerium hat ausgerechnet, daß die Entente und die Zentralmächte für den Weltkrieg zusammen 898 Milliarden ausgegeben haben.

— (Das teure Auswandern.) Die „Tägl. Rundschau“ schreibt: Der Gedanke an Auswanderung wird uns bald ausge-

trieben werden. Dank dem Sinken unserer Valuta und infolge des Fehlens der deutschen Konkurrenz bei Festsetzung der Passagepreise kostet jetzt beispielsweise die Überfahrt nach Südamerika in der Kajüte der fremden Überseedampfer 1300 Mark für eine Person. Das kann sich niemand leisten, der nur seine Arbeitskraft hat, sonst nichts. Das englische Interesse erheischt unser Bleiben. England will billige Kulturarbeit dicht vor seinen Toren haben.

— (Abbau des Völkerhasses.) Es waren gewaltige Haßwellen, die in den letztvergangenen Jahren während des Weltkrieges die Völker Europas überfluteten. Nun aber mehren sich die Anzeichen, daß dieser Haß, der die Menschheit zeitweise fast auf die Stufe der Tierheit erniedrigte, allmählich zurückgeht und die hochgepeitschten Wogen langsam abebben. In nicht mehr allzuferner Zeit werden voraussichtlich überall wieder normale, natürliche Verhältnisse eintreten, denn unnatürliche Überreizungen der Volksseele dauern nie ewig. Zu dieser Ausheilung der menschlichen Gesellschaft soll jedermann in seinem Kreise sein Scherflein beitragen. Tun wir das, so kommt hoffentlich bald wieder die Zeit, wo man nichts so hassen wird als den Haß. Auch bei uns hat es Spannungen und Reizungen gegeben, aber nur in gewissen mäßigen Grenzen. Diese Spannungen werden sich immer mehr legen, denn alles, was in beiden nationalen Lagern gesund fühlt und denkt, ist bereits — bewußt oder unbewußt — für den Abbau solcher Seelenzustände gestimmt. Wozu soll man sich das Leben, das uns gegenwärtig ohnehin so viel Schweres auflegt, unnötigerweise noch mehr verbittern und belasten! Eine Annäherung im Zusammenarbeiten auf wirtschaftlichem Boden würde beiden Nationalitäten unseres Bezirkes gewiß nur zum Nutzen gereichen und die Spannungen von selbst allmählich verschwinden machen.

— (Tufars Verständigungspolitik.) Der neue Ministerpräsident der tschechoslowakischen Republik erklärte, er denke nicht an die Sozialisierung. Bei den heutigen wirtschaftlich zerrütteten Verhältnissen sei sie unmöglich und würde das Wirtschaftsleben nur untergraben. „Mit der deutschen Bevölkerung des Staates müssen wir in Ordnung kommen und einen Ausgleich anstreben. Ich glaube, daß es der neuen Regierung gelingen wird, diesen Ausgleich mit den Deutschen unter Dach zu bringen.“

— (Die Ratifikation des Friedensvertrages) mit Deutschland ist am 9. Juli durch die Nationalversammlung beschlossen worden. Der Minister des Außern Müller hielt eine lange Rede, in der er dem Protest gegen die Vergewaltigung Ausdruck gab. Aufrechterhalten bleibt aber, sagte er, ebenso unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum Äußersten. Wir müssen ohne Vorbehalt, ohne Hinterhältigkeit in die neuen Pflichten hineingehen. Den Beweis, daß wir sie für unerfüllbar halten, haben wir ausgeführt, als unsere Unterschrift erzwungen wurde. Aber bis zur Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld, kein Vorwurf treffen. Wir alle, unser ganzes Volk steht heute vor dem Aufbruch zu einem 40jährigen Marsch durch die Wüste. Der erste Schritt auf dem Leidensweg ist die Ratifikation.

— (Das Ende des Adels und der Adelstitel.) Die französische Revolution hat bekanntlich alle Vorrechte des Adels, die Titel und Wappen abgeschafft, die neuen amerikanischen Republiken hatten von vornherein jedes Vorrecht eines Standes für unzulässig erklärt und jetzt erfolgte die Aufhebung des Adels und der Adelsvorrechte auch in den mitteleuropäischen Staaten. Es ist nun nicht ohne Interesse, die sprachliche Bedeutung mehrerer Adelstitel kennen zu lernen. Was bedeutet z. B. Graf? In der Bibel schon lernen wir die „Ältesten“ kennen, die Araber werden noch heute von „Scheichs“ geführt, was dasselbe bedeutet, die Griechen hatten ihre „Geronten“, die Römer ihre „Senatoren“, die Deutschen hatten ihre „Grafen“ = Graue also Alte), die Franzosen „Seigneurs“ und die Polen „Starosten“. Im Jahre 1491 nach dem entscheidenden Sieg über Boabdil, den Maurenkönig, erhielten Ferdinand und Isabella die Bezeichnung „Katholische Majestät“, von der das Wort „Majestät“ mit Karl V. auf die deutschen Kaiser, und zwar auch als Anrede übergang. Die an sich sonderbar klingenden Prä-

dikate: „Durchlaucht“ und „Erlaucht“, ersteres für regierende Fürsten, letzteres für regierende Grafen, haben ihren Ursprung in der Zeremonie der kirchlichen Krönung, wodurch die weltlichen Herrscher Gesalbte des Herrn und: „Durch und durch Erleuchtete“ wurden. „Hoheit“ und „Gnaden“ wurden Regierende erst zu Beginn des 17. Jahrhunderts genannt. „Serenissimus“ dürfte auf die alten klassischen Poeten zurückzuführen sein, die dieses Beiwort dem Jupiter gaben, um seine „heitere, göttliche Ruhe“ auszudrücken. Anfangs des 18. Jahrhunderts feierte die Titelsucht wahre Orgien. Der kleinste Fürst war ein „Erhabenster und großgütigster Fürst“. Damals kam auch die Umschreibung „geruhen“ und die überschwengliche Bezeichnung „aller“ (=gnädigt usw.) auf. Also eine Wiederbelebung und Verpflanzung des Byzantinismus in vollendetster Form, wofür uns die Grabchrift des Fürsten Gonzaga in Padua († 1708) ein drastisches Beispiel gibt: „H. r. Sereniss. Ferd. Caroli Gonzaga, Ducis Mantuae, clementissima viscera“, zu deutsch: „Hier sind beigesetzt des Fürsten... allergnädigste Gedärme!“ Ähnliche „allersubmisseste“ Wendungen finden wir auch vereinzelt in offiziellen Blättern. So schrieb einmal ein Wiener Berichterstatter: „... Hierauf geruhten die allerhöchsten Herrschaften in der Kirche dem Höchsten ihren Dank auszusprechen!“ was in den nächstbeteiligten Kreisen ein allgemeines Schütteln des Kopfes, beim großen Publikum aber Heiterkeit erregte. (Nach L. Cassan „Über die Herrschertitel“.)

— (Die Kriegslasten.) „Matin“ schreibt, daß der Krieg Frankreich 316 Milliarden kostet. Von den 135 Milliarden, die die Alliierten von Deutschland fordern, entfallen auf Frankreichs Teil 66 Milliarden. Die Franzosen werden daher noch 250 Milliarden aus eigenem decken müssen. Bertillon hat berechnet, daß die Bevölkerung Frankreichs nach dem Kriege auf 35 Millionen gefallen ist. 250 Milliarden durch 35 Milliarden geteilt, bedeutet soviel, daß jeder Einwohner in Frankreich — die Säuglinge miteingerechnet — eine Last von 7143 Francs zu übernehmen hat. Der deutsche Minister des Auswärtigen hat amtlich erklärt, daß das deutsche Volk auf den Krieg 170 Milliarden aufgewendet hat. Zählt man dieser Summe die Kriegsschädigung von 125 Milliarden zu, so macht das einen Betrag von 295 Milliarden aus. Das Deutsche Reich zählt 68 Millionen Einwohner. Die Kriegslast jedes einzelnen Deutschen wird daher 4338 Francs betragen. Und im ehemaligen Österreich? Ein tschechischer Finanzmann hat vor einigen Monaten die auf jeden Bewohner des gewesenen Österreich entfallende Kriegslast auf 5000 Kronen berechnet, was von anderen Fachmännern allerdings als stark übertrieben bezeichnet wurde. Nehmen wir nur die Hälfte davon, also 2500 Kronen, so würde in den Ländern des beständigen Österreich auf eine fünfköpfige Familie eine Kriegslast von 12.500 Kronen entfallen. Für das Gebiet von Gottschee würde es (2500×17.000) etwa 42 Millionen Kronen betragen.

Nesseltal. (Vom Postdienste.) Die hiesige Poststelle hat die Aspirantin Frau Zora Legat-Grjavec erhalten.

— (Ein Wildschwein erlegt.) Kürzlich gelang es dem Forsthüter Schaffer in Taubenbrunn in der Gegend der abgekommenen Ortschaft Alttagbüchel ein Wildschwein (Eber) zu erlegen, das 72 Kilo schwer war.

— (Die Hauptversammlung des Spar- und Darlehenskassenvereines) in Nesseltal findet am 10. August 1919 um 2 Uhr nachmittags im Vereinslokale im Pfarrhose statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Bericht des Aufsichtsrates, 3. Genehmigung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1918, 4. Allfälliges. Der Vorstand.

Nooswald. (Todesfall.) Am 21. Juni starb hier nach langem, schwerem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, Herr Josef Verderber, Hauptmann-Rechnungsführer und Besitzer, in seinem 49. Lebensjahre. Er ruhe in Frieden.

Lienfeld. (Todesfall.) Am 25. Dezember (Christtag) 1918 ist in Brooklyn Herr Adolf Ostermann, Bruder unseres Gemeindevorstehers Herrn Matthias Ostermann, nach längerem, schwerem Leiden im 40. Lebensjahre gestorben. Die Eltern er-

hielten erst nach einem halben Jahre, nämlich am 25. Juni, die Todesnachricht. Der Verbliebene, der in einer Großbrauerei bedienstet war, erfreute sich in den Kreisen, die ihn kannten, der allgemeinen Achtung und Wertschätzung. In seinen letzten vor Kriegsausbruch an seine Eltern gerichteten Briefen äußerte sich der Verstorbene wiederholt, die Ärzte hätten ihm, wenn er gesund werden wolle, angeraten, in die Heimat zu reisen. Dies hätte er auch getan, wenn der unglückliche Krieg nicht ausgebrochen wäre. So nahm denn leider das Verhängnis seinen unaufhaltsamen Gang. Der Heimgang des Verstorbenen war für die Eltern umso schmerzlicher, weil sie ihren Sohn 13 Jahre nicht mehr gesehen hatten. Er hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern. Er ruhe in Frieden in fremder Erde bis zum Wiedersehen im großen Vaterhaus.

Stokendorf. (Trauung.) Johann Spreizer aus Neuberger Nr. 1 und Maria Trampusch aus Sporeben Nr. 9 wurden am 4. Mai getraut.

Masern. (Getraut) wurden in hiesiger Pfarrkirche am 18. Mai l. J. Johann Tschinkel aus Masern Nr. 6 mit Maria Kresse aus Masern Nr. 22; ferner Johann Eppich aus Maseren Nr. 4 mit Gertrud Parthe aus Masern Nr. 9. Viel Glück!

Laibach. (Prof. Mejedli †.) Am 12. Juli ist hier Herr Gymnasialprofessor Dr. Johann Mejedli im 99. Lebensjahre gestorben.

— (Die Krainische Sparkasse) ist nunmehr in slowenische Hände übergegangen. Zum Präsidenten wurde der Fabrikant Herr Dragotin Hribar gewählt, in die Direktion Hochw. Herr Prälat Andreas Kalan, dann der Direktor der jugoslawischen Druckerei Karl Ceč, Landesgerichtsrat A. Nagode, Kaufmann Vovk, Staatssekretär Dr. Vlad. Ravnihar, Oberlandesgerichtsrat Josef Hauffen, Privatier Anton Luckmann und Dr. Anton Ritter von Schöpl; in das Kuratorium wurden gewählt Franz Karpe, A. Zajc, Prof. Breznik und A. Prepeluh. Zu den neu gewählten Mitgliedern gehören u. a. auch Josef Zure, Gastwirt in Randia, Ivan Bucelj, Besitzer in Großlaschitz, Albin Prepeluh, Leiter des Amtes für soziale Fürsorge, und Anton Kristan, Reichsratsabgeordneter.

Bad Ischl. (Todesfall.) Am 9. Juli ist hier Herr Johann Rom, Großkaufmann und Villenbesitzer in Bad Ischl, nach langem Leiden im 46. Lebensjahre gestorben. Herr Rom war aus Büchel gebürtig und hat es infolge seiner Tüchtigkeit, seines biederen Charakters und seiner Strebbarkeit verstanden, sein Geschäft auf eine solche Höhe zu bringen, daß seine Firma eine weltbekannte wurde. Der Verbliebene war auch in Sportkreisen eine bekannte Persönlichkeit. Er hinterläßt eine trauernde Witwe und zwei Töchter. Er ruhe in Frieden.

Wien. (Selbstmord.) Hiesige Blätter melden: Den Ministerialrat im Staatsamt für Ackerbau und Forstwesen Dr. Max Schescharg fand man heute (31. Juli) nachmittags in seinem Bette erhängt. Der Verbliebene, dessen Vater vor vielen Jahren Gerichtskanzlist in Gottschee war, hat seinerzeit das Gymnasium

in Gottschee absolviert. Er war in letzterer Zeit nervös und sehr aufgereggt, weil er nach Krain hätte übersiedeln sollen.

Baden bei Wien. (Todesfall.) Am 26. Juni ist hier Frau Julie Kresse, Gattin des Herrn Großkaufmannes Franz Kresse, nach längerem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, im 67. Lebensjahre gestorben. Die Verbliebene erfreute sich wegen ihrer liebenswürdigen Charaktereigenschaften der allgemeinen Wertschätzung. Sie ruhe in Frieden.

Rež. (Altbürgermeister Alois Richter †.) Am 28. April ist hier Herr Alois Richter, Privatier, Präses der Sparkasse der Stadt Rež, Besitzer des Goldenen Verdienstkreuzes m. d. Krone, Altbürgermeister und Ehrenbürger der Stadt Rež, Ehrenbürger der Gemeinden Altstadt Rež, Felling, Nieder- und Ober-Fladnitz, Fronsburg, Hardegg, Hausfurth, Hofern, Maltersbach, Pleissing, Kiegersburg, Waschbach und Weitersfeld, Ehrenmitglied der Oesterr. Gesellschaft der Münz- und Medaillenfreunde in Wien, korrespondierendes Mitglied des Vereines für Landeskunde von Niederösterreich, Mitglied des Kuratoriums der Kaiser Franz Josef-Stiftung für Sieche in Oberhollabrunn, Ehren- und Jubelmitglied verschiedener Vereine, nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unerwartet im 70. Lebensjahre verschieden. Der Verstorbene gehörte zu den angesehensten Persönlichkeiten der Stadt Rež und hat sich als Bürgermeister und als Präses der Sparkasse große Verdienste um das öffentliche Wohl erworben. Die Stadt Rež ernannte ihn zum Ehrenbürger. Die gleiche Ehrung wurde ihm seitens einer Reihe von Landgemeinden zuteil, die dem Verbliebenen wegen seiner hervorragenden Verdienste um das Zustandekommen des Bahnbaues das Ehrenbürgerrecht verliehen. Aber nicht nur im kommunalen Leben spielte der Verstorbene eine hervorragende Rolle, sondern er betätigte sich auch erfolgreich auf wissenschaftlichem Gebiete. Mit besonderer Vorliebe pflegte er die Münz- und Medaillenkunde, deren Literatur er durch wertvolle, gebiegene Veröffentlichungen bereicherte. Auch war er ein eifriger Förderer der landeskundlichen Bestrebungen. Seinem Namen ist ein dauerndes dankbares Andenken gesichert. Er ruhe in Frieden. (Wegen Postsperrung verspätet. D. Schriftl.)

Briefkasten.

J. K. in J. Sie sowie mehrere andere Abnehmer fragen, warum Sie den „Boten“ nicht mehr zugeschickt bekommen. Die Antwort darauf gibt die Erklärung, die wir heute an der Spitze unseres Blattes veröffentlichen. Von nun an wird Ihnen die „Gottscheer Zeitung“, soweit es an uns liegt, immer regelmäßig zugehen und hoffen wir, daß keine neuen unliebsamen Unterbrechungen eintreten werden.

Verloren

wurden am 11. Juli auf dem Wege vom Auerspergplatze zur Rinse in der Nähe des städt. Bades zwei goldene Ringe, bestehend aus einem Ehering eingraviert und einem mit drei Edelsteinen. Abzugeben gegen gute Belohnung im Pfarrhof oder in der Druckerei.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder eben Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Boten“ zu beziehen.

Drei Obstmostpressen

mit Holzschlüsseln, verschiedener Größe und Konstruktion sind zu verkaufen bei Franz Altenreither. 1—2

Ein Lehrjunge

mit besserer Schulbildung wird sofort aufgenommen in der Spezerei- und Delikatessenhandlung Hans Kresse in Gottschee, Hauptplatz.

Damenrad

zu kaufen gesucht. Anträge übernimmt die Verwaltung des Blattes.

Kaufmannslehrling

groß und stark, im 15. Lebensjahre, wünscht nach Ostern in eine Manufaktur-Gemischwarenhandlung in Gottschee einzutreten. Anträge an die Verwaltung dieses Blattes unter Nr. 1914 G. 3.

Zu verkaufen!

Eine schwerträgliche Kuh, eine Kalbin (ein Jahr alt), eine schwerträgliche Sau und eine trächtige Stute, 7 Jahre alt, 15 Faust hoch, garantiert für alles, sind zu angemessenen Preisen zu verkaufen.

Anzufragen bei Anton Jakomini in Gottschee, Berggasse 155.



Tief erschüttert geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die betäubende Nachricht von dem Hinscheiden unserer innigstgeliebten und unvergeßlichen Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Tante und Schwägerin, der Frau

Josefa Knaus

Weslerin

welche am 14. Mai um 8 Uhr abends nach kurzem, schmerzvollem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, in ihrem 66. Lebensjahre ruhig im Herrn entschlafen ist.

Das Leichenbegängnis der teuren Verblichenen findet Mittwoch den 16. Mai um 5 Uhr nachmittags von Oberrn auf den Friedhof in Mitterdorf statt.

Oberrn, im Mai 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Anzeige.

Die neue Notariatskanzlei

des Dr. Wilko Maurer befindet sich ab 1. Juni 1919 im Hause des Herrn Franz Loy („Harde“)

Gottschee, Auerspergplatz Nr. 2.

Sparkasse der Stadt Gottschee.

Ausweis f. d. Monat Mai 1919.

Einlagen: Stand Ende April 1919	K 11,004.737·11
Eingelegt von 186 Parteien	„ 285.965·65
Behoben von 396 Parteien	„ 628.772·10
Stand Ende Mai 1919	„ 10,661.930·58
Allgem. Reservefond Stand Ende 1918	„ 699.456·99

Hypothekar-Darlehen: zugezahlt	„ —·—
rückgezahlt	„ 17.262·01
Stand Ende Mai 1919	„ 3,045.699·09

Wechsel-Darlehen:	
Stand Ende April 1919	„ 189.211·50

Zinsfuß:

für Einlagen $3\frac{1}{2}\%$ ohne Abzug der Rentensteuer,
für Hypotheken im Bezirke Gottschee $5\frac{1}{2}\%$,
für Hypotheken in anderen Bezirken $5\frac{3}{4}\%$,
für Wechsel $6\frac{1}{2}\%$.

Gottschee, am 30. Mai 1919.

Die Direktion.

Sogleich zu verkaufen:

1 Paar Pferde, Wagen, Schlitten, Kummerte u. dergl.
Anzufragen bei Kaufmann Göderer in Gottschee.



Frau **Germinie Michel**, Professorswitwe, gibt im eigenen sowie im Namen ihrer Kinder und Eltern und aller übrigen Verwandten die tieftraurige Nachricht vom Hinscheiden ihres innigstgeliebten Gatten, Vaters, bezw. Schwiegersohnes, des wohlgeborenen Herrn

Wilhelm Michel

Professor und Architekt in Gottschee

welcher am 25. Mai 1919 im Alter von 50 Jahren nach langem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, unter priesterlichem Gebete im Schwarzacher Kloster selig im Herrn entschlief.

Die irdische Hülle des teuren Verblichenen wurde Mittwoch den 28. Mai 1919 um 8 Uhr früh auf dem Ortsfriedhofe zu Schwarzach zur ewigen Ruhe bestattet.

Die heiligen Seelen-Gottesdienste werden gleich nach der Beerdigung gelesen.

Schwarzach im Pongau, am 28. Mai 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

für die vielfachen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns anlässlich des Ablebens unseres unvergeßlichen Gatten und Vaters zugekommen sind, spricht auf diesem Wege den herzlichsten Dank aus

Gottschee, im Juni 1919.

Familie Michel.

Wohnhaus

in der Mitte der Stadt Gottschee, ist wegen Abreise sofort zu verkaufen. Das Wohnhaus besteht aus fünf Zimmern, Küche, zwei Speisekammern und Keller und hat elektrisches Licht und Wasserleitung eingeführt. Beim Hause befinden sich ein Gemüsegarten, eine Holzlege und ein Schweinestall. Außerdem gehört zum Hause noch ein Acker im Ausmaße von 44 Ar mit prima Grund. Auskunft erteilt aus Gefälligkeit die Buchdruckerei J. Pavlicek in Gottschee. 3—2

Mauerziegel abzugeben

hat der Steinmetzmeister Andreas Plesche in Koffern. 2—2

Wegen Übersiedlung zu verkaufen:

Eine gut erhaltene Salongarnitur
ein Spiegel mit reichvergoldetem Rokokorahmen
ein eleganter Damen-Schreibtisch
ein Luster.

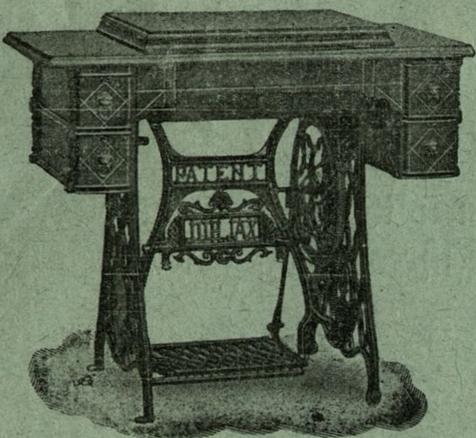
Gottschee Nr. 114, 2. Stock.

6 Ferkel

acht bis 9 Wochen alt, heimischer Rasse, sind billig abzugeben in Schalkendorf Nr. 39.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten Fahrräder und Nähmaschinen

für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn - Laibach
Wienerstrasse Nr. 15.

Verein der Deutschen a. Gottschee in Wien.

Sitz: 1., Himmelpfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, 1., Babenbergerstraße Nr. 5a.

Beehre mich hiemit anzuzeigen, daß mir Herr Dr. Moritz Karnitschnig, Notar in Gottschee, sämtliche anhängigen Rechtsachen zur Weiterführung übergeben hat, und erwarte ich, daß mir die Parteien dasselbe Zutrauen wie meinem Herrn Vorgänger entgegenbringen werden.

Gottschee, am 15. Mai 1919.

Dr. Viktor Ahazhizh

Advokat in Gottschee.

(Bormals Dr. Franz GOLF.)

Hadern gemischt, jeder Art, Schweinshaare, Ochsen- und Pferde-Schweishaare, Felle von Wild jeder Art kaufen zu besten Preisen W. Chorinek und So. in Gilti.

Zu kaufen gesucht.

Ein großer, schöner Bauernbesitz im Gottscheerland, nicht gebirgig, wird zu kaufen gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes unter Nr. 1883. M. Z. Glückliche Zukunft. 10

Jeder sein eigener Reparatteur!



Meine Lumar-Handnähahle näht Steppstiche wie mit Nähmaschine. Größte Erfindung, um Leder, zerrissenes Schuhwerk-Geschirre, Felle, Teppiche, Wagendecken, Zeltstoffe, Filz, Fahrradmäntel, Säcke, Leinwand und alle andern starken Stoffe selbst flicken zu können. Unentbehrlich für jedermann. Eine Wohlthat für Handwerker, Landwirte und Soldaten. Ein Jubel für Sportsleute. Feste Konstruktion, kinderleichte Handhabung. Garantie für Brauchbarkeit. Übertrifft alle Konkurrenz-Fabrikate. 10

... Soll in keinem Haushalte fehlen ...

Viele freiwillige Belobungsschreiben.

Preis der kompletten Nähahle mit Zwirn, 4 verschiedenen Nadeln und Gebrauchsanweisung K 4, 2 Stück K 7-50, 3 Stück K 11, 5 Stück K 18. Versand bei Geld-Voreinsendung portofrei, bei Nachnahme Porto extra. Josef Pelz, Wien XIV., Schwelberg. 15.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtslokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11,272.732-27.

Zinssfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2 %.

Zinssfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5 1/2, in anderen 5 3/4 %.